

Jörg Wollenberg

## **Rosa Luxemburg und die Bremer Linke.**

### **Ihre Stellung zur russischen und deutschen Revolution. Unterschiede und Gemeinsamkeiten**

Vortrag auf der Tagung der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft am 5.10.2011 in Moskau

#### **„Bremen als Pfeiler des Radikalismus in Deutschland“ (Rosa Luxemburg)**

Am 24. Juni 1916 läutete die von Johann Knief herausgegebene Bremer

„Arbeiterpolitik“ den ersten Jahrgang dieser „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ mit einem Grundsatzartikel über die neue „Epoche der Arbeiterpolitik“ ein. Sie hebt folgendermaßen an<sup>1</sup>:

„Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht mehr. Am 4. August 1914 trat sie von ihrer historischen Rolle als Vorhut des proletarischen Befreiungskampfes zurück. Aber es war keine Katastrophe, mit der dieser Rücktritt erfolgte, sondern es war das natürliche Ende einer politischen Bewegung, deren Untergang längst vorbereitet war. Als historische Klassenkampfpartei hatte sie ihre historische Laufbahn begonnen...Ihr Werk endete mit der Solidaritätserklärung zwischen den offiziellen Führern der Partei und den Trägern der staatlichen Macht; es endete mit dem Sieg des Burgfriedens über den Klassenkampf, der Bureaucratie über die Demokratie, des Sozialpatriotismus und Sozialimperialismus über den Sozialismus, des Nationalismus über den Internationalismus“.

Bewusst knüpfte die Bremer Wochenschrift in diesem ersten Grundsatzartikel an die Polemik von Rosa Luxemburg gegen Karl Kautsky an, mit der sie am 15. April 1915 ihren Beitrag in der ersten Nummer der Zeitschrift „Die Internationale“ eröffnet hatte:

„Am 4. August 1914 hat die deutsche Sozialdemokratie politisch abgedankt, und gleichzeitig ist die sozialistische Internationale zusammen gebrochen.“<sup>2</sup> Schon am 17. April und 15. August 1915 hatte Johann Knief in Schreiben an Rudolf Franz die Übereinstimmung mit Rosa Luxemburg herausgestrichen. Aber er ging noch einen Schritt weiter: Die „schneidige Kritik“ vom Clara Zetkin und Rosa Luxemburg in der „Internationale“ zeige ihm: „Es geht nicht mehr mit den ‚Führern‘-. Nur noch gegen sie kommen wir weiter! Die Taktik der Phrase ist bankrott, und ihre Trümmer rauchen vom Blute der Millionen Arbeiter, die ihrem Schein trauten... Jetzt kommt die Taktik der Tat.“ Und die zwingt zur Beachtung der Gewerkschaftsfrage, denn diese seien einerseits „der Herd des Organisationsfimmels der deutschen Arbeiter“, aber zugleich auch die Organisationen, in denen die neue Taktik zuerst zum Durchbruch kommen müsse. Damit sind die Probleme benannt, die bis zur Beurteilung der russischen und deutschen Revolution bei aller prinzipiellen Übereinstimmung gelegentlich Anlass zu unterschiedlichen Einschätzungen der politischen Lage zwischen Rosa Luxemburg und der Bremer Linken gaben. Im radikalen Zorn auf die Partei – und Gewerkschaftsbükratien erfuhren sie in Bremen eine weitere Zuspitzung, weil diese

---

<sup>1</sup> Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus. Unveränderter Neudruck, herausgeben mit einer Einleitung von Gerhard Engel, Leipzig 1975, 1. Jahrg., Nr.1, S.1. Knief unterschrieb häufig seine Artikel mit dem Pseudonymen Peter Unruh oder Alfred Nussbaum. Dazu: Gerhard Engels Einleitung zu dem Neudruck der „Arbeiterpolitik“ vom 24.6. 1916 bis 8.3.1919, 2. Bde, Leipzig 1975, S. III-XVII.

<sup>2</sup> Rosa Luxemburg, Der Wiederaufbau der Internationale, in GW, Bd. 4, 1974, S. 20(-32)

„Instanzen“ immer wieder zum „blödsinnigen Betonen des Nationalen“ neigten. Eine Hervorhebung, die im „Zeitalter des Imperialismus als reaktionär“ einzustufen sei.<sup>3</sup> Am 11. November 1916 zog die „Arbeiterpolitik“ eine erste Bilanz – im zehnten Monat nach der ersten öffentlichen Ablehnung der Kriegskredite durch „die Opposition des Parteizentrums“ und sieben Monate nach der Konstituierung zu einer selbständigen Fraktion als „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ (24. März 1916), die die Frage nach „einer klaren, schlagkräftigen, aktionsfähigen und zum Handeln entschlossenen Partei“ und den „Aufgaben eines neuen Jugendorgans“ neu stellte.<sup>4</sup> Unter dem Titel „Ein Schulbeispiel“ werden dabei die „Parteivorgänge in Bremen“ einer genauen Betrachtung unterzogen, weil sie weit über die Grenzen der Stadt hinaus ein Interesse beanspruchten: „In ihnen spiegeln sich die allgemeinen Parteiverhältnisse in allen ihren Abstufungen am getreulichsten wider. Bremen galt seit vielen Jahren als Hochburg des Radikalismus. Hier wirkte Pannekoek als wissenschaftliche Lehrkraft der Partei und Gewerkschaften, während Radek als Hauptmitarbeiter der ‚Bremer Bürger-Zeitung‘ deren politische und taktische Haltung festlegte. Hier wurde der Kampf gegen den Revisionismus mit seltener Härte geführt, so dass lange vor dem Kriege die bremische Parteiorganisation in zwei feindliche Lager gespalten war“<sup>5</sup>. Das waren die Voraussetzungen, die dazu führten, dass „eine radikalere Luft in der Partei zu wehen begann“, wie Heinrich Brandler festhielt, als er 1904 seine Tätigkeit in Bremen als Redakteur der BBZ und als Gewerkschaftssekretär beim Bremer Maurerverband begann<sup>6</sup> und für die Jugendgruppe der Sozialdemokratie das Verbandsorgan „Junge Garde“<sup>7</sup> herausgab. Der Modernisierungsprozess im industriellen Sektor, insbesondere in der Werftindustrie, verstärkte die „Fundamentalpolitisierung“ in der Arbeiterbewegung Bremens, deren Gewerkschaftskartell 1904 15471 Mitglieder nachweisen konnte, von denen lediglich ein Drittel politisch in der Sozialdemokratie organisiert war. Die Bevölkerung wuchs in der Hansestadt von rund 125.000 Einwohnern um 1890 auf 250.000 im Jahre 1910, vor allem durch die Industrialisierung in den Arbeitervorstädten Walle, Gröpelingen und Hastedt<sup>8</sup>. Einen maßgeblichen Einfluss auf die politische Orientierung und auf die Kultur- und Bildungspolitik übte seit der Jahrhundertwende die von den Bremer Linken unter ihren Chefredakteuren Heinrich Schulz und Alfred Henke geprägte „Bremer Bürgerzeitung“ aus - mit ihren mehr als 10.000 Abonnenten bei einer Auflage von 22.500 Exemplaren um 1913. Ihr Redakteur Heinrich Brandler geriet im Zuge der Maiaussperrungen von 1907 mit zahlreichen Bremern in Schwierigkeiten mit der Gewerkschaftsspitze, weil er sich mit Karl Liebknecht für eine Politisierung der Jugendarbeit eingesetzt hatte. Aufgabe sozialistischer Jugenderziehung sei es, so Brandler am 30. Juni 1908 in der Bremer Bürgerzeitung (BBZ), Jugendliche zu „tüchtigen Klassenkämpfern“ zu erziehen.<sup>9</sup> Mit den damaligen Repräsentanten der Bremer Linken, Alfred Henke und Wilhelm Pieck, dem Vorsitzenden des Bremer Holzarbeiter-Verbandes und des Bildungsausschusses der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, wurden Heinrich Brandler und Johann Knief gegen die Vertreter des reformistischen Flügels (Hermann Rhein und Carl Winkelmann) zu Delegierten auf dem Parteitag in

<sup>3</sup> Briefe Kniefs an Rudolf Franz, zitiert nach Gerhard Engel, Johann Knief – ein unvollendetes Leben, 2011, S. 224, 226.

<sup>4</sup> Arbeiterpolitik, 1. Jg., Nr. 21, 11.11.1916, S. 161ff.

<sup>5</sup> Arbeiterpolitik, S. 163f.

<sup>6</sup> Zitiert nach Jens Becker, Heinrich Brandler, Hamburg 2001, S. 28

<sup>7</sup> vgl. Karl-Heinz Jahnke u. a.; Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung 1904-1945, 1973, S. 48ff.

<sup>8</sup> vgl. Karl-Ernst Moring, Die Sozialdemokratie in Bremen, 1968, S. 221

<sup>9</sup> Heinrich Brandler, Gewerkschaften und Jugenderziehung, in :BBZ, Nr. 139, 30.6.1908

Nürnberg (13.-19.9.1908) gewählt, der über die Autonomie in der Jugendfrage und über die Ausbildungsziele der inzwischen von dem Bremer Heinrich Schulz als Obmann geleiteten SPD-Parteischule in Berlin zu entscheiden hatte. Auch hier folgten sie dem Plädoyer von Rosa Luxemburg gegen Kurt Eisner und Max Maurenbrecher<sup>10</sup>. Der junge Bremer Lehrer Heinrich Eildermann (Arnulf) hatte für den Nürnberger Parteitag das erste Lied der Arbeiterjugendbewegung verfasst: „Dem Morgenrot entgegen,/ ihr Kampfgenossen all!...Vorwärts, du Junge Garde des Proletariats!“<sup>11</sup>

### **Differenzen zwischen Rosa Luxemburg und den Bremer Linken in der Gewerkschaftsfrage**

Beeinflusst von den radikalen Sozialisten entwickelten die Bremer eine auf praktische Wirkung fokussierte Politik, die sich neben dem Goethebund-Streit (1905) und der Protestbewegung gegen die Entlassung von vier sozialdemokratischen Lehrern aus dem Schuldienst (1906) vor allem in der Unterstützung des Werftarbeiterstreiks von 1913 und in einer Straßendemonstration gegen den Krieg im August 1914 niederschlug. In der innerparteilichen Debatte zwischen Revisionisten, Zentrum und Linken fanden sie sich auf der Seite der Letzteren. Der antikapitalistischen „Ermattungsstrategie“ von Karl Kautsky stellte Anton Pannekoek in einer Artikelserie für „Die Neue Zeit“ und die BBZ das Konzept des politischen Massenstreiks entgegen.<sup>12</sup> Spätestens der Krieg, so hoffte er, werde - gestützt auf die Stimmung der Bremer Werftarbeiter - für die Masse der Bremer Arbeiterschaft das Signal zur revolutionären Erhebung sein<sup>13</sup>. Nicht nur für Rosa Luxemburg galt Bremen deshalb schon in der Vorkriegszeit als „Pfeiler des Radikalismus in Deutschland“<sup>14</sup>. Anton Pannekoek hatte in seinen Bremer Jahren von 1905 bis 1914 als theoretischer Kopf und ab 1910 als hauptamtlicher Weiterbildungslehrer die Massenstreik-Diskussion innerhalb der SPD - in kritischer Auseinandersetzung mit Rosa Luxemburg und Karl Kautsky - mit seiner Theorie der revolutionären Massen in einem von Spontaneitäts-Prämissen geprägten Organisationsverständnis weiter entwickelt. Er maß dabei dem subjektiven Faktor eine größere Bedeutung zu und wurde deshalb von Karl Kautsky des „Radikalismus“ und der „syndikalistischen Verirrung“ verdächtigt.<sup>15</sup> Auch Lenin polemisierte in seiner Schrift „Über den linken Radikalismus. Die Kinderkrankheiten im Kommunismus“ gegen Karl Horner, dem Pseudonym von Pannekoek. In Übereinstimmung mit den Syndikalistinnen gestand Pannekoek in seiner Kritik an den Gewerkschaften der syndikalistischen „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ (FVdG) zu: „Wenn die Syndikalistinnen die revolutionäre Aktivität predigen, so ist das sicher ein gutes und notwendiges Prinzip; auch ist es richtig, dass die Quelle aller Aktionskraft in den Mitgliedern steckt, die die Ausbeutung direkt erleiden, und dass also der Einfluss der Mitglieder gestärkt werden muss“<sup>16</sup>. Dagegen nahm der damalige linke Gewerkschaftsfunktionär aus Chemnitz, Heinrich Brandler, Rosa Luxemburgs entschiedene Absage an jegliche Kooperation mit den Syndikalistinnen zum Anlass, die langjährige Zusammenarbeit mit

<sup>10</sup> Vgl. Rosa Luxemburg, Rede zur Frage der Parteischule, in: GW, Bd. 2, S. 254ff.

<sup>11</sup> Heinrich Eildermann, Das Lied der Jugend, in: Karl Adamek, Lieder der Arbeiterbewegung, 1991, S. 146f.

<sup>12</sup> Anton Pannekoek, Massenaktion und Revolution, in: Die Neue Zeit, 1912, Bd.2, 30. Jg., S. 541ff, 585ff., 609ff.;vgl. auch BBZ vom 3.4., 9.5., 2.8., 27.8., 2.9.1913.

<sup>13</sup> So auf einer Mitgliederversammlung der Bremer SPD am 26.11. 1911 (BBZ, 22. und 27.9.1911); vgl. Moring, 1968, S.163.

<sup>14</sup> Vgl. Brief vom 15.11.1912 an Alfred Henke, in: Briefe, Bd.4, 2001, S. 258.

<sup>15</sup> Karl Kautsky, Der jüngste Radikalismus, in: Die Neue Zeit, 31.Jg., 1913, Bd. 1, s. 436ff.

<sup>16</sup> Anton Pannekoek, Der deutsche Syndikalismus, in „Pionier“, 3. Jg. 1913, Nr.52

dem Bremer Linksradikalen einzustellen. 1916 wandte sich Brandler gegen seinen Mitstreiter Paul Frölich, den damaligen Redakteur der „Arbeiterpolitik“. Dieser hatte eine Artikelserie in der „Arbeiterpolitik“ zu Gewerkschaftsproblemen verfasst, die er beendete mit dem Appell „Schluss mit den reformistischen Gewerkschaften, sie hindern nur die Arbeiterschaft“. Anschließend teilte Brandler dem Chefredakteur Johann Knief mit, auf eine weitere Mitarbeit zu verzichten: „Aber Knief hat mir dann geschrieben, so wichtig sei doch diese Sache nicht. Worauf ich ihm antwortete: ‚Für Dich ist es nicht wichtig als Schulmeister, Du weißt nichts um die Bedeutung dieser Gewerkschaften auch im Krieg und nach dem Kriege‘. Und ich habe keine Zeile mehr für die ‚Arbeiterpolitik‘ geschrieben“<sup>17</sup>.

Aber es waren nicht diese Differenzen in der Gewerkschaftsfrage, die zwischen Rosa Luxemburg als Theoretikerin der „Spartakus-Gruppe“ und Anton Pannekoek und Johann Knief als herausragende Köpfe der Internationalen Sozialisten (ISD, ab November 1918 IKPD) zu Kontroversen und zu einem zeitweiligen Bruch der Bremer Linken mit Rosa Luxemburg führten. Die langjährige Kampfgemeinschaft zwischen Rosa Luxemburg und den Bremer Linken hatte ihren Höhepunkt im März/April 1910 erlebt, als Rosa L. mit ihrer Rede zu den Massenstreikaktionen auf der Protestdemonstration zur Wahlrechtsdebatte am 6. April 1910 vor rund 4000 Teilnehmern die Bremer Linken im Casino zu Begeisterungstürmen hinriss. Sie zerbrach neben unterschiedlichen Auffassungen zum Problem der organisatorischen Selbständigkeit gegenüber dem Parteizentrum<sup>18</sup> früh an der Verteidigung ihres polnischen Intimfeindes Karl Radek durch die BBZ. In dem Brief vom 15.11.1912 verweigerte sich Rosa Luxemburg, „in der Bremer Bürger-Zeitung gegen Kautsky zu polemisieren“, weil „Ihr Blatt seit Monaten nicht mich persönlich, sondern die polnische Sozialdemokratie in unerhörter Weise beschimpft... bloß eines Individuums wegen und bloß unter Einflüsterungen dieses Individuums.“ Und sie fuhr fort: „Sie haben, der Sie als ein Pfeiler des ‚Radikalismus‘ in Deutschland gelten wollen, leitende polnische Genossen in Ihrem Blatt beschimpft, die ihren Radikalismus noch anders als Sie, nämlich zwischen Gefängnis, Zuchthaus und ständigem Hungern, seit Jahrzehnten betätigen, vor denen ein Mann wie Sie gut tun würde, respektvoll den Hut zu ziehen... Sie haben das Ansehen des Bremer Blattes und der Bremer Organisation auf das schwerste geschädigt, und das alles, um ein Individuum zu retten, das für Sie offenbar zum Inbegriff des Radikalismus geworden ist“. Karl Radek hatte in Polen gegen Rosa Luxemburg, aber mit Lenin für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und damit für die staatliche Autonomie Polens plädiert und den Führungsstil von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches in ihren polnischen Jahren kritisiert. Rosa Luxemburg beendete den Brief an Henke folgendermaßen: „Solange solche Zustände (einer Cliquenwirtschaft) in der Bremer Bürger-Zeitung herrschen, kann von meiner Mitarbeiterschaft in diesem Blatt keine Rede sein.“<sup>19</sup> (vgl. dazu den handschriftlichen Brief an Henke im Anhang) Halten wir fest: Die Auseinandersetzungen mit den freien Gewerkschaften und dem Geschäftsführer des Bremer Arbeitersekretariats Friedrich Ebert, der 1905 nach zahlreichen Abstimmungsniederlagen zum Parteivorstand nach Berlin ging, gewannen in Bremen durch den Rückgriff auf die Theorien von Luxemburg und Pannekoek eine neue Qualität, die in der Frage um die Einheit von Theorie und Praxis am Beispiel des Massenstreiks und der Gewerkschaften zu jahrelangen

<sup>17</sup> Brandler in seinen unveröffentlichten Erinnerungen von 1967, S.3 (Archiv Wollenberg, Nachlass Heinz Kundel).

<sup>18</sup> Vgl. u.a. Arbeiterpolitik, 2.Jg., Nr.30, 28. Juli 1917, S. 225.

<sup>19</sup> Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe, Bd. 4, 1983, S. 257f.

Auseinandersetzungen der Linken in der Sozialdemokratie mit den Funktionären in den Gewerkschaften führte. Und weil es den Bremer Linken nicht mehr allein um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter ging, sondern auch um die Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, gewann die Jugend- und Bildungsfrage eine herausragende Bedeutung – mit der Gründung einer autonomen Bildungseinrichtung durch die 1905 vollzogene Trennung vom bürgerlichen „Goethe-Bund“ und die Einstellung einer fest und gut besoldeten Lehrkraft, um die von Rosa Luxemburg geforderte Erziehung zum kritischen und selbständigen Denken und Handeln zu fördern<sup>20</sup>. Der Bremer Entscheidung für Pannekoek verdankte übrigens Rosa Luxemburg ihre Einstellung als Lehrerin an der am 15. November 1906 eröffneten zentralen Parteischule der SPD in Berlin<sup>21</sup>. Die preußische Polizei hatte zuvor die Ausländer, den Österreicher Rudolf Hilferding und den Niederländer Anton Pannekoek, mit Ausweisung bedroht, wenn sie ihre Lehrtätigkeit in Berlin fortsetzen würden. Der Parteivorstand folgte deshalb dem Vorschlag von Karl Kautsky, Rosa Luxemburg ab dem 1. Oktober 1907 als Ersatz mit dem Lehrgang für Nationalökonomie zu betrauen<sup>22</sup>. Pannekoek wiederum, seit September 1905 häufig Referent bei dem von den Gewerkschaften und der SPD finanzierten Bildungsausschuss der Bremer Arbeiterschaft, übernahm die seit der Gründung des Bildungsausschusses geforderte hauptamtliche Stelle der wissenschaftlichen Lehrkraft in Bremen ab April 1910, nachdem Ende September 1909 die lange widerstrebenden Gewerkschaften sich nach einer Mitgliederabstimmung mit 8362 gegen 1909 Stimmen endlich für Pannekoek entschieden hatten.<sup>23</sup> Bis Ende 1918 gab es kaum eine andere Stadt in Deutschland, in der die Organisationen des revolutionären Marxismus eine vergleichbare starke Basis besaßen wie die Linksradiكالen in Bremen. Das war auch das Ergebnis des Aufbaues eines Vertrauensmännersystems auf den Werften und der Präsenz ihrer Funktionäre innerhalb der offiziellen Parteiorganisation der Sozialdemokratie bis 1917. Von der Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht unterschied sich die rund 500 Mitglieder umfassende Gruppe der Bremer Linken<sup>24</sup> dadurch, dass sie das Recht auf „Vaterlandsverteidigung“ in einem Krieg ablehnten, der aus ihrer Sicht ein aus den spezifisch imperialistischen Widersprüchen erwachsener Konflikt war. Deshalb wurde Karl Radeks scharfe Kritik an der Behandlung der „Vaterlandsverteidigung“ in der der sog. „Junius- Broschüre“ in der

<sup>20</sup> Die Goethebunddebatte endete mit dem Sieg von Heinrich Schulz, Alfred Henke, Heinrich Brandler und Wilhelm Pieck über den Kreis um Friedrich Ebert. Der seit 1891 in Bremen lebende Sattler und Geschäftsführer des Arbeitersekretariats, Friedrich Ebert, der dem Vorstand des SDVB und der Bürgerschaft angehörte, wurde 1905 zu einem der Sekretäre in den Parteivorstand gewählt und ging nach Berlin. Ein Jahr später folgte ihm der Bremer Schul- und Bildungspolitiker Heinrich Schulz als hauptamtlicher Sekretär des bei dem Parteivorstand eingerichteten Bildungsausschusses und als Leiter der Parteischule. Der seit 1896 in Bremen wohnende Wilhelm Pieck, vor seiner Wahl zum Bremer Parteisekretär auch Mitglied der Bürgerschaft und mehrfach Parteitagsdelegierter, ging, nachdem er den Lehrgang der Parteischule erfolgreich abgeschlossen hatte, ebenfalls 1910 nach Berlin – als zweiter Sekretär des zentralen Bildungsausschusses der SPD. Heinrich Schulz und Wilhelm Pieck hatten mit Rosa Luxemburg und Heinrich Brandler seit längerem gegen Max Maurenbrecher und Kurt Eisner und andere der „gebildeten Genossen aus dem bürgerlichen Lager“ polemisiert, die „den Massen eine Unsumme von Einzelheiten beibringen“ wollen. Ihr Plädoyer für eine autonome Bildungsarbeit der Arbeiterbewegung ging von Bremen aus und gewann hier eine hohe Akzeptanz.

<sup>21</sup> Vgl. u.a. Annelies Laschitzka, Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg, 1996, S. 286-299.

<sup>22</sup> Paul Frölich, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, 1967, S.179ff.

<sup>23</sup> Vgl. BBZ, 25. September 1909; Karl-Heinz Moring, Die SPD in Bremen, 1890-1914, 1968, S. 113-117

<sup>24</sup> Wir folgen hier den bei Kuckuk, 1986, S. 32 angegebenen Zahlen und Einschätzungen, auch wenn die Bremer Polizeidirektion die Stärke lediglich auf „einige 80 Köpfe“ bezifferte.

Nummer 6, 7 und 8 des ersten Jahrgangs der „Arbeiterpolitik“ in voller Länge abgedruckt, auch wenn die Bremer Linke den Verzweiflungsschrei über das Versagen der sozialistischen Internationale mit Rosa Luxemburg teilte<sup>25</sup>. Außerdem verweigerten die Bremer Linken aus prinzipiellen Gründen jegliches organisatorisches Zusammengehen mit der zentristischen USPD, zu dem sich die Spartakusgruppe entschieden hatte. In der Bürokratie der alten Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, erkannten sie den Kern des Opportunismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Mit den Syndikalisten teilten sie die Überzeugung von der totalen Diskreditierung der Gewerkschaftsbürokratie im Ersten Weltkrieg. Deshalb plädierten sie ab August 1917 bis März 1920 als linkskommunistisches Sammelbecken der Opposition (ISD/IKPD) in der Ende 1918 mit ihrer Unterstützung in Berlin neu gegründeten KPD (Spartakus) für eine neue „gewerkschaftlich-politische Einheitsorganisation“, genauer für die notwendige Synthese des politischen und wirtschaftlichen Kampfes in den „Einheitsorganisationen“<sup>26</sup>. Auf dem Gründungsparteitag der KPD scheiterten sie mit diesem von Felix Schmidt und Karl Becker eingebrachten Antrag am Widerspruch von Rosa Luxemburg.<sup>27</sup> Dagegen gelang ihnen in der Frage der Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ein Erfolg über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Mit 62 gegen 23 Stimmen siegten die „Rühlianern“ (Otto Rühle) mit den Bremer Vertretern der IKPD. Sie plädierten mit Ausnahme von Johann Knief für die Nichtbeteiligung. Knief wurde deshalb von der Bremer IKP nicht zum Delegierten auf dem Gründungskongress der KPD gewählt.<sup>28</sup> Dazu schrieb Rosa Luxemburg an Clara Zetkin am 11. Januar 1919: „Vergiss nicht, dass die Spartakisten zu einem großen Teil eine frische Generation sind, frei von den verblödenden Traditionen der ‚alten bewährten‘ Partei - und das muss mit Licht- und Schattenseiten genommen werden. Wir haben alle einstimmig beschlossen, den Casus nicht zur Kabinettsfrage zu machen und nicht tragisch zu nehmen“.<sup>29</sup>

### **Unterschiede und Gemeinsamkeiten zur Russischen Revolution**

In Fragen des „Führertums“ der neuen Partei blieben die Bremer Linken bei den Positionen, die sie am 10. März 1917 in der Nr. 10 des 2. Jahrgangs der „Arbeiterpolitik“ in Übereinstimmung mit den „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ (Julian Borchardt) prinzipiell festgelegt hatten: „Um zu verhindern, dass bei der Neugründung der Partei der alte Geist lediglich in neue Formen gegossen wird, kommt es auf die Beseitigung jeglichen Führertums in der „Arbeiterbewegung an. Was wir brauchen, um zum Sozialismus zu gelangen, ist reine Demokratie unter den Genossen, das heißt Gleichberechtigung, Selbständigkeit, Wille und Kraft zur eigenen Tat bei jedem Einzelnen. Nicht Führer dürfen wir haben, sondern nur ausführende Organe, die, anstatt ihren Willen den Genossen aufzuzwingen, umgekehrt nur als deren Beauftragte handeln“ (S. 77).

<sup>25</sup> „Im Fangnetz der Widersprüche“, Arbeiterpolitik, 29.7.1916, S. 45f; 5.8.1916, S. 53f; 12.8.1916, S.60; vgl. dazu auch Lenins Kritik in: Werke, Bd. 22, S. 311f, 323ff.

<sup>26</sup> Vgl. Johannes Beermann, Die Auseinandersetzungen zwischen Syndikalisten und Kommunisten in der Bremer Arbeiterbewegung, in: Arbeiterbewegung und Sozialgeschichte, Bremen 2010, Heft 23/24, S. 35-66

<sup>27</sup> Vgl. Die Gründung der KPD, hrsg. von Hermann Weber, 1993, S.159f, Rosa L. dazu S.162ff; siehe auch G W, Band 4, 1974, S.485ff; vgl. dazu auch den Anhang.

<sup>28</sup> Vgl. dazu E. Schüddekopf, Karl Radek in Berlin, in: Archiv für Sozialgeschichte, 1962, S.135. Karl Radek hatte Knief in Berlin im Dezember 1918 unter massiven Druck überzeugt, für die Wahl zur Nationalversammlung einzutreten.

<sup>29</sup> Rosa Luxemburg, Briefe, Band 5, 1984, S.426f.

Eine Bestätigung für diese Position sahen sie in dem Brief Lenins an den Bauernkongress von Ende Mai 1917, den sie am 28. Juli 1917 in der Nr. 30 des zweiten Jahrgangs der „Arbeiterpolitik“ als Abschluss des Beitrags zum „Fortgang der russischen Revolution“ (S. 229-232) komplett zitieren. Hierin beschreibt Lenin „die großen Differenzen, die sie von den Sozialrevolutionären und den Menschewiki trennen“: die Fragen des Bodens, des Krieges und der staatlichen Organisationen. Zur letzteren hielt Lenin in Übereinstimmung mit den Linksradiكالen der „Arbeiterpolitik“ und wohl auch mit Rosa Luxemburg fest: „Unsere Partei erstrebt eine andere Art demokratischer Republik. Wir wollen eine Republik ohne eine vom Volk getrennte Polizei; eine Republik, in der alle Beamte von unten bis oben vom Volk gewählt werden und ersetzt werden können und nicht mehr verdienen als ein tüchtiger Arbeiter; eine Republik, wo alle Kommandierenden in der Armee vom Volk gewählt werden, wo die stehende Armee durch eine allgemeine Volksbewaffnung ersetzt wird. Wir wollen eine solche Republik, damit alle Regierungsmacht nur bei den Räten von Arbeitern, Bauern, Soldaten und anderer Delegierter beruht. Denn Arbeiter und Bauern bilden die Masse der Bevölkerung, sie müssen die Regierung in den Händen haben, nicht die Grundbesitzer und Kapitalisten.“ (S.232)

Wie schon in seinem „Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter“ vom April 1917<sup>30</sup>, setzte Lenin auf Grund seiner langen Verbindung zu der Bremer Linken im August 1917 in dem Schreiben an das Auslandsbüro des ZK erneut auf die Linksradiكالen der „Arbeiterpolitik“: Er forderte die Einberufung einer internationalen Konferenz der Linken zur Gründung der III. Internationale. Hauptkern sollte neben den Bolschewiki und anderen aufrechten Internationalisten die Richtung bilden, „die in der Bremer ‚Arbeiterpolitik‘ Propaganda treibt“<sup>31</sup>. Auch für Rosa Luxemburg blieb die Bremer „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ trotz ihrer Zurückhaltung gegenüber einigen Positionen der Bremer Linken ein unverzichtbares Informationsorgan. So bestand sie im November 1916 im Gefängnis Wronke wie auch während der Schutzhaft in Breslau darauf, die Bremer „Arbeiterpolitik“ zu abonnieren<sup>32</sup>. Diese Wochenschrift berichtete regelmäßig ab 1916 über Probleme der Arbeiterbewegung in Russland, ab März 1917 verstärkt über den Fortgang der Revolution und ab 17.11.1917 (u.a. aus der Feder von Knief und Radek) regelmäßig über den Ablauf der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, ergänzt um zahlreiche Beiträge von Lenin und Auszüge aus den Zentralorganen der Bolschewiki. Deshalb darf davon ausgegangen werden, dass Rosa Luxemburg bei der Abfassung ihres unvollendeten Gefängnismanuskripts vom September 1918 über die Russische Revolution auf diese Bremer Beiträge zurückgegriffen hat. Diese Spur ist bislang in der Forschung nicht verfolgt worden, selbst intime Kenner wie Annelies Laschitza und Gerhard Engel übersehen diesen Zusammenhang.

Die umstrittene redaktionelle Bemerkung von Ernst Meyer zu Rosa Luxemburgs Grundsatzartikel in der Nr. 11 der Spartakusbrieфе vom September 1918<sup>33</sup> über die mit dem Brest- Litowsker Frieden aus ihrer Sicht verknüpfte „Russische Tragödie“ gab den Anlass zu der unvollendet gebliebenen Niederschrift zur russischen Revolution: „Befürchtungen, die auch in unseren Kreisen vielfach vorhanden sind – Befürchtungen, die aus der objektiven Lage der Bolschewiki, nicht aus ihrem subjektiven Verhalten entspringen,...ohne die deutsche Revolution keine Rettung der russischen Revolution...Es bleibt nur eine Lösung: der Massenaufstand des

---

<sup>30</sup> Lenin, Werke, Bd. 23, S. 386: „In Deutschland brodelт es schon in der proletarischen Masse“.

<sup>31</sup> vgl. Lenin, Werke, Bd.6, S.20; Bd. 35, S. 261 (russ. Ausgabe)

<sup>32</sup> Vgl. Brief an Mathilde Jacob, 10.11.1916, Briefe, Bd.5, S. 139f.

<sup>33</sup> vgl. Spartakusbrieфе, hrsg. vom IML, 1958, S. 453-460; Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden, hrsg. von Annelies Laschitza, 1990, S.99-109.

deutschen Proletariats“. So Ernst Meyer in der Bemerkung, die Rosa L. so empörte. Eine Fußnote, die durchaus in Einklang mit der Auffassung der Bremer Linken um Knief stand. So veröffentlichte die „Arbeiterpolitik“ ab 14. September 1918 mehrere Grundsatzbeiträge zu den „Aufgaben der Bolschewiki“ nach dem Friedensvertrag von Brest- Litowsk. Zum Beispiel von Fritz Frenken, der die Spartakusgruppe wegen der Zusammenarbeit mit der USPD verlassen und sich den Bremer Linken angeschlossen hatte. Frenken war im April 1917 nach seiner Verhaftung an die Ostfront geschickt worden und erlag dort seinen Kriegsverletzungen im Lazarett von Brest- Litowsk<sup>34</sup>.

Die Bremer Linken hatten durch die Zusammenarbeit mit Lenin, Bucharin und Radek früh Kontakt zu den Anhängern der Februar-Revolution von 1917 und damit zur bolschewistischen Richtung der russischen Sozialdemokratie aufgenommen. Auch sie kritisierten mit Rosa Luxemburg aus prinzipiellen Gründen das Organisationsmodell der Bolschewiki und lehnten jede Form des demokratischen Zentralismus ab. Im Oktober 1918 verurteilten sie den „Weißen Terror“ mit Entschiedenheit, verwarfen aber zugleich „den Terrorismus der Bolschewiki, soweit die Erschießung von Geißeln oder wehrlosen Geschöpfen in Betracht kommt“. Sie sahen sich dabei jedoch „weit entfernt von dem tendenziösen Gejammer, welches in der bürgerlichen und regierungssozialistischen Presse über die ‚Gräueltaten‘ der Bolschewiki angestimmt wird“, weil „wir mit vollstem Einverständnis den Kampf unserer russischen Genossen gegen die offenen (wehrfähigen) Gegner des Sozialismus unterstützen. Alles, was sich in Russland den kommunistischen Maßnahmen der Regierung gewaltsam entgegenstellt, hat unterdrückt zu werden im Interesse der großen Allgemeinheit“.<sup>35</sup> Das galt freilich nicht für friedliche, gewaltlose Proteste der Gegner der Bolschewiki, die ausdrücklich von den Bremern als legitim betrachtet wurden. Noch im Dezember 1918 verurteilte Johann Knief deshalb Rosa Luxemburgs scharfe Absage an jeglichen Terror als Instrument einer sozialistischen Politik. Trotz der frühen Kritik an „verfehlten harten Maßnahmen“ der Bolschewiki identifizierten sie sich - wie schon am 17. März 1917 mit der Februar-Revolution - als erste politische Gruppierung mit der bolschewistischen Oktoberrevolution. Am 17. November 1917 feiert die „Arbeiterpolitik“ den „Sieg der Bolschewiki“, der „russischen Linksradiكالen“. Und sie fügten hinzu: „Die russischen Jakobiner sind vor einer fürchterlicheren Aufgabe gestellt, als ihre berühmten Vorgänger aus der französischen Revolution, eine Aufgabe, deren Lösung kaum glaublich erscheint.“ Aber sie haben Lenin an der „Spitze der russischen Staatsmacht“. Lenin wird charakterisiert als ein „Mann von unbändigem revolutionären Feuer getragen, ein eiserner Charakter von riesiger Energie, von unbeugsamer Konsequenz, ein Todfeind jedes zersetzenden Opportunismus.“ Als Beleg wird ein Beitrag von Lenin hinzugefügt („Die Krise naht der Lösung“), ergänzt um den Essay von Radek zur „Weltlage und die russische Revolution“.<sup>36</sup>

Als Johann Knief am 27. November 1918 die erste Ausgabe der Bremer Tageszeitung „Der Kommunist“ herausgab, führte er zur Namensgebung der am 23. November in Bremen gegründeten IKPD aus: Dieser Name bedeute die „offene, unverhohlenen und bedingungslose Solidarität mit unseren russischen Genossen und ihren revolutionären Kampfmethoden, er bedeutet den festen Wunsch und Entschluss, ihnen unerschütterlich auf ihrem Weg zu folgen, er bedeutet den heiligen Wunsch, die russische Revolution über Deutschland auf den Westen auszudehnen, damit sie zur europäischen Revolution, zur Weltrevolution werde“. Die Zeitung

<sup>34</sup> Vgl. Arbeiterpolitik, 3. Jg., Nr. 36ff, S.215-249, Nachruf auf Frenken, Nr.44, 2.11.1918, S.267.

<sup>35</sup> Arbeiterpolitik, Nr.42, 3.Jg. 19.10.1918, S.253

<sup>36</sup> Arbeiterpolitik, Nr. 46, 2.Jg., 17.11.1917, S. 347-352.



veröffentlichte Beiträge von Lenin und informierte regelmäßig über die revolutionären Veränderungen in Rußland. Am 4. Dezember 1918 publizierte „Der Kommunist“ aus Bremen das komplette Referat Lenins vom 22. Oktober 1918 auf der gemeinsamen Sitzung des Moskauer Sowjets, der Gewerkschaften und des Allrussischen Zentralexekutivkomitees. Schon in der zweiten Nummer konnte man das Schreiben Lenins vom 3. Oktober 1918 an die Gemeinsame Sitzung des Allrussischen Zentralkomitees und des Moskauer Sowjets mit den Vertretern der Betriebskomitees zur Kenntnis nehmen. Immer wieder plädierte die Tageszeitung wie auch die Wochenschrift „Arbeiterpolitik“ „Für Russland, für die Bolschewiki.“ Unmissverständlich wurde die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland gefordert.

Nirgendwo sonst dürfte sich in Deutschland der Einfluss der Oktoberrevolution auf die Linken in der Arbeiterbewegung so authentisch dokumentieren. Die Bremer Linksradikalen passten sich ab November 1918 als IKP unter dem Eindruck der Oktober- und Novemberrevolution den veränderten revolutionären Verhältnissen an. Sie definierten sich als eine kommunistische Gruppe und riefen in der „Arbeiterpolitik“ am 9. November 1918 die „Kommunistische Republik“ aus mit dem Zusatz, der ihr internationales Selbstverständnis dokumentiert: „Es lebe die Weltrevolution“.<sup>37</sup> Als die „ratlose Rosa“ in Berlin während des Januaraufstandes zu verzweifeln drohte<sup>38</sup>, gelang es den von revolutionärer Ungeduld geprägten Bremer Linken in Zusammenarbeit mit der USPD und den Syndikalisten, am 10. Januar 1919 eine Räterepublik zu errichten.

### **„Ganz Deutschland sieht auf uns. Ganz Europa sieht auf uns“<sup>39</sup> Stellung zur Novemberrevolution und zur Räterepublik.**

Am 9. November veröffentlichte die „Arbeiterpolitik“ als Aufhänger einen gut vorbereiteten „Aufruf an die Arbeiter und Soldaten Deutschlands.“<sup>40</sup> Einen Aufruf gegen die sog. „Volksregierung der Scheidemann und Bauer u. a. unter dem Vorsitz des Prinzen Max v. Baden“, die das Proletariat weiter belügt und bestiehlt, um „die nationale Verteidigung, den Krieg bis zum letzten Mann, den Krieg der Greise und Kinder“ zu organisieren. „In Anbetracht dieser Lage überhaupt, in Deutschland im besonderen ergeben sich für das Proletariat folgende Gegenwarts-Forderungen:

(Originaltext unten einbauen

---

<sup>37</sup> Arbeiterpolitik, 3.Jg.,Nr.45, S.270.

<sup>38</sup> Vgl. Ottokar Luban, Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept 2008, S. 67-117.

<sup>39</sup> Das verkündete der „Roland“ schon im September 1905. Die „Zeitschrift für freiheitliche Erziehung“ bezog sich dabei auf die Gruppe im streikbereiten Bremer Lehrervereins um Wilhelm Holzmeier und die Junglehrervereinigung mit Johann Knief und Heinrich Eildermann, die die Konstitutionsphase der Bremer Linksradikalen mit prägten und später zu den Trägern der Räterepublik zählten.

<sup>40</sup> Arbeiterpolitik, 3.Jg., Nr 45, S.269f.

In Anbetracht dieser Lage überhaupt, in Deutschland im besonderen ergeben sich für das Proletariat folgende

## Gegenwarts-Forderungen:

Zur Erzwingung und Uebernahme der politischen Gewalt bilden die Arbeiterräte die Grundlage in Verbindung mit den Soldatenräten. Ein aus dem Arbeiterrat gewählter Aktionsausschuß muß durch Unterkommissionen sich der Refforts der bisherigen Verwaltungsbehörden bemächtigen. Die Polizeitruppe muß sofort entwaffnet und aufgelöst werden.

1. Eine kombinierte Kommission aus Arbeiter- und Soldatenrat zur Verteidigung der Revolution muß sofort zur Bildung einer roten Garde schreiten. Offiziere, die durch ihren Rang ihre Klassenzugehörigkeit dokumentieren, finden in den Soldatenräten prinzipiell keine Aufnahme.
2. Die unverzügliche Freilassung aller derer, die für die Sache des Proletariats, wegen Vergehens gegen die Kriegsmaßnahmen in den Gefängnissen und Zuchthäusern, sei es in Schutzhaft oder in Strafhäft schmachten; Befreiung aller Soldaten, die wegen militärischer und politischer Vergehen verurteilt sind. Aufhebung aller Beschränkungen, die aus politischen Gründen verhängt wurden. — Auflösung jeglicher bürgerlicher Gerichte und die Ersetzung dieser durch aus dem Volke gewählte Revolutionstribunale.
3. Abschaffung der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe für politische und militärische Vergehen.
4. Die sofortige Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, des Belagerungszustandes usw.
5. Kontrolle der Lebensmittelverteilung durch die Arbeiter.
6. Nationalisierung alles Groß- und Mittelgrundbesitzes. Uebergabe der Leitung der Produktion an Delegierte der Landarbeiter und Kleinbauern.
7. Nationalisierung des gesamten Bankkapitals, der Bergwerke, Hütten, überhaupt jeglicher volkswirtschaftlich wichtiger Großbetriebe.
8. Annullierung sämtlicher Kriegsanleihen von 1000 Mark aufwärts.

## Arbeiter und Soldaten!

Der historische Augenblick ist da, an dem ihr euer Schicksal in die eigene Hand nehmen sollt. Das morsche Gebäude der kapitalistischen Gesellschaft kracht und wankt. Zeigt euch der Situation würdig. Seht auf eure Brüder in Rußland. Ruhig, fest und zielbewußt handeln. Kein Bündnis, kein Kompromiß!

Die gesamte politische und militärische Macht den Arbeiter- und Soldatenräten sei die Parole. Tragt die Propaganda hinein in Städte, die noch zurückstehen. Unterstützt sie durch Waffen und Munition. Den Frieden und mit ihm das Brot, daß euch die Besitzenden nicht geben können, müßt ihr selbst jetzt holen für euch, eure Kinder und eure Brüder auf der ganzen Welt.

**Tod dem Kapitalismus! Hoch die kommunistische Republik!**  
**Es lebe die Weltrevolution!**

270

9.11.1918

Arbeiterpolitik zum

Anschließend folgen in den nächsten Nummern zunächst keine weiteren Einzelheiten zur politischen Entwicklung in Deutschland, sondern die „Arbeiterpolitik“

berichtete über den weißen Terror in Russland und informierte über internationale Appelle zur Rettung des „Programms des revolutionären Sozialismus“ (von Pannekoek), ergänzt am 23. November 1918 um einem langen „Offenen Brief an Seine Exzellenz, den kaiserlichen Staatssekretär ohne Portefeuille, Herrn Philipp Scheidemann, das Haupt einer Partei, die einmal republikanisch und auch sozialistisch war“, verfasst von Karl Radek als Mitglied des Zentralkomitees in Moskau am 21. Oktober 1918. Auch der von schwerer Krankheit gezeichnete Johann Knief meldet sich am 30. November 1918 mit zwei Beiträgen zu Wort: In dem Beitrag zur „Entente und die deutsche Arbeiterklasse“ schreibt er über die Notwendigkeit, dass „im revolutionären Kampf, nur im Bündnis mit dem bolschewistischen Russland das deutsche Proletariat der Entente entgegentreten kann“, um deren „Oberherrschaft in Europa zum Einfall in das innere Asien und den fernen Orient“ zu verhindern, und um so das „Friedenswerk des Kommunismus“ zu beginnen<sup>41</sup>. Und in der gleichen Ausgabe postulierte er für die Bremer IKPD „Grundsätzliches über das Verhältnis Internationale Kommunisten und Unabhängige zueinander“ Dabei geht es ihm in Anlehnung an Pannekoek und Luxemburg um „den Kern der gesamten Taktik des proletarischen Klassenkampfes“: die Massenaktionen. Denn „alle politischen Kämpfe von historischer Bedeutung sind Massenkämpfe“. Und „der politische Massenstreik ist die Achse der gesamten linksradikalen Taktik. Er ist kein einmaliger Akt, kein Putsch, sondern ein Prozess von Kämpfen, in denen sich sozialistische Schulung mit dem Anwachsen der Macht und der Entwicklung der organisatorischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse vereinen. Alle anderen Kampfformen, Parlamentarismus, Presse-Agitationen, Aufklärungsarbeit in Wort und Schrift, Organisierung usw., sind nur organische Bestandteile der Massenaktionen. Individuelle Gewaltakte gehören in das Waffenarsenal des Anarchismus und stehen im Widerspruch zur Taktik der Massenaktionen“<sup>42</sup>. Erst danach widmet sich die „Arbeiterpolitik“ ab dem 7. Dezember 1918 ausführlich den revolutionären Verhältnissen in Deutschland, erneut eingeleitet von Johann Knief mit einem Grundsatzbeitrag zu „Von der bürgerlichen Republik zur proletarischen Revolution“, ergänzt um „Kritisches zu der Berliner revolutionären Bewegung“<sup>43</sup> und am 21. Dezember 1918 zur Frage „Bürgerliche Nationalversammlung oder proletarische Diktatur?“<sup>44</sup> Dazwischen finden sich Beiträge von Lenin zum „Militärprogramm der proletarischen Revolution“ und von Pannekoek zu „Der Sozialismus der sozialistischen Regierung“ und „Bolschewismus und Demokratie.“<sup>45</sup> Pannekoek nimmt dort Lassalles Rede über Verfassungsfragen, in der er „mit ätzender Schärfe die bürgerlichen Demokraten von 1848 verhöhnt“, zum Aufhänger, um für die Bremer Linke zu begründen, warum beim Aufbau des Sozialismus „die Bourgeoisie von der Mitarbeit auszuschließen ist; Kapitalinteressen dürfen nicht mitreden. Das ist zwar keine formale Demokratie, aber in der Tat eine höhere, bessere Demokratie, die Arbeiterdemokratie, die die Lebensinteressen der Masse vertritt. Sie ist dasselbe was Marx die Diktatur des Proletariats nannte. Sie ist, was früher Kommunismus und jetzt Bolschewismus genannt wird. Sie ist im großen Maßstab jetzt in Rußland durchgeführt worden, nachdem die Pariser Kommune im Jahre 1871 die ersten Anfänge gezeigt hatte“<sup>46</sup>

<sup>41</sup> Arbeiterpolitik, 3.Jg., Nr.48, S. 287f.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 289-292, hier S.292.

<sup>43</sup> Arbeiterpolitik, 3.Jg., Nr.49, S. 293-296

<sup>44</sup> Arbeiterpolitik, S.307

<sup>45</sup> Arbeiterpolitik, 3.Jg.,Nr.50, 14.12.1918, S. 299- 304.

<sup>46</sup> Arbeiterpolitik, S.299 und 303

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Lage in Bremen dramatisch zugespitzt und trotz aller Gegensätze zu einem breiten Bündnis der Linken geführt, das in der Ausrufung der Bremer Räterepublik am 10. Januar 1919 seinen Höhepunkt erlebte. Dem waren erfolgreiche Streiks vorangegangen. Die Werftarbeiter setzten neue fortschrittliche Fabrikordnungen durch, - auf der Grundlage der Forderungen des von Josef Miller, dem Vorsitzenden der Arbeiterrates der AG Weser, geleiteten Aktionsausschusses des Arbeiter –und Soldatenrates. Dieser hatte am 11. November 1918 ein „Sozialpolitisches Programm für das Fabrikwesen“ verabschiedet, u.a. mit der Festlegung der täglichen Arbeitszeit auf acht Stunden und der Revision der bestehenden Arbeitsordnung durch den Arbeiterrat. Am 12 Januar 1919 verkündete „Der Kommunist“ den „Sieg des Proletariats in Bremen. Nieder mit der Regierung Ebert- Scheidemann!“ Auf Anregung von Knief wurde die „völlige Durchführung der Bewaffnung des Proletariats sowie die restlose Entwaffnung des Bürgertums“ in das Programm der Sozialistischen Republik Bremen mit aufgenommen. Neben den Kommunisten und den Unabhängigen Sozialisten gehörten die Syndikalisten von Anfang an zu den entschiedenen Anhängern der Bremer Räterepublik. Karl Plättner wurde z. B. nach seiner Teilnahme am Gründungsparteitag der KPD in Berlin ab Januar 1919 Mitglied des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates und Vorsitzender der kommunistischen Vertrauensleute in Bremen wie auch des Bezirks Nordwest der KPD, bevor er mit seinen „Expropriationsaktionen“ in Form von Bank- und Kassenüberfällen ab 1920 in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet für den „organisierten Bandenkampf“ eintrat<sup>47</sup>. Mit der Massendemonstration vom 29 November 1918 sorgten die Syndikalisten im Kampf gegen die „Sozialpatrioten“ und „Ebertsozialisten“ mit der Abwahl der Mehrheitssozialisten (MSPD) und der Bürgerlichen aus dem A.- u. S.- Rat für die Radikalisierung der Rätebewegung. Sie plädierten mit den Kommunisten dafür, dass die zu wählenden Arbeiterräte als ständig bestehender Wahlkörper ausschließlich dem Betrieb zuzuordnen waren. Nur so ließ sich ein enger Kontakt zwischen Wählern und Gewählten herstellen. Auch konnte so die ständige Kontrolle der Delegierten des Betriebes im Arbeiterrat abgesichert und eine Abberufung und Neuwahl der Delegierten bei Verfehlungen durchführt werden. Dieses eingeschränkte Wahlrecht mit dem Ziel, die bisherige „Diktatur der Bourgeoisie“ durch die „Diktatur des Proletariats“ abzulösen, scheiterte nicht nur an dem vom Bremer Handelskapital und von der MSPD -Führung geforderten Interventionsbeschluss der Reichsregierung unter Ebert und Noske gegen Bremen. Es waren auch Dauerkonflikte im eigenen Lager, die das baldige Ende ankündigten. Gegen den Beschluss des neuen Regierungsorgans, dem Rat der Volksbeauftragten, vom 12. Januar 1919 legte sich die Fraktion der USPD mit dem Soldatenrat darauf fest, sich an den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 zu beteiligen. Schon im Dezember 1918 hatten die Bremer USPD -Vertreter und späteren Mitglieder der Volkskommissariate der Räteregierung, Alfred Faust und Adam Frasunkiewicz, auf dem Berliner Kongress der A.- u. S.-Räte für die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung gestimmt. Das höchste deutsche Rätegremium entschied sich am 21. Dezember 1918 mehrheitlich für die bürgerliche parlamentarische Republik in Deutschland. Auch in Bremen beugte sich die Räteregierung dem Druck aus dem Lager der bürgerlichen Gegner. Am 19. Januar 1919 sprachen sie sich gegen zwei Stimmen für die Einberufung einer Bremischen Volksvertretung aus.

<sup>47</sup> Vgl. Volker Ullrich, Vom Sozialdemokraten zum Terroristen. Der Weg des mitteldeutschen Bandenführers Karl Plättner, in: Klönne/Otto/Roth (Hg.), Fluchtpunkte. Das soziale Gedächtnis der Arbeiterbewegung, Hamburg 2003, S.114-125.

Die Radikalisierung im Rahmen des ersten Versuches in Deutschland, das Rätssystem zu praktizieren, erwies sich nach weniger als 90 Tagen nicht nur durch den Druck von außen als arbeits- und regierungsunfähig. Es waren trotz erstaunlicher Erfolge im Bereich der Sozial- und Schulpolitik innere Widersprüche, die zur Niederlage beitrugen. Auch wenn der alte Senat und die Bürgerschaft als politische Institution und als Verwaltungsorgane ausgeschaltet worden waren, so lebte das „Ancien Regime“ als eingeschränkte Doppelherrschaft staatsrechtlich fort. Der alte Senat behielt seinen Apparat für die Fortsetzung der Beamtentätigkeit und für die (Finanz-)Deputationen. Die Anerkennung der alten Gerichte und der Schutz des Privateigentums und der Banken musste zugesichert werden, so dass nach der baldigen Kreditsperre der Banken sich die Zahlungsunfähigkeit der Räteregierung abzeichnete. Auch in der Frage der Vorzensur und der Pressefreiheit sah man sich am 22. Januar 1919 zu Zugeständnissen gezwungen.

Die „Arbeiterpolitik“ fasste die Ereignisse nach der Zerschlagung der Bremer Räterepublik in ihrer letzten Ausgabe vom 8. Februar 1919 in einem langen Leitartikel so zusammen: „Die vergangene revolutionäre Bewegung in Deutschland barg in sich den Auftakt der großen Arbeiterrevolution! Sie hat einen Sieg des Proletariats über das Kapital nicht gebracht, doch hat sie die Elemente, die schon vorher auf die Arbeiterrevolution hinarbeiteten, an die Oberfläche des politischen Lebens gebracht! Diese Elemente, die bisher nur geheim ihre Tätigkeit ausüben konnten, die in verborgenen Wohnungen und zum großen Teil in Gefängnissen lebten, verrichten jetzt ihre Tätigkeit mit verstärkten Kräften vor aller Welt Augen. Der Kommunismus ist die Losung, unter der sie sich zu gemeinsamem Kampfe zusammenfinden“.<sup>48</sup>

Nach der Zerschlagung der Bremer Räterepublik durch die Noske-Truppen am 4. Februar 1919 finden wir die Anhänger dieser Gruppe aus Bremen ebenso in den Leitungsgremien der KPD (Brandler, Becker, Frölich, Felix Schmidt, Dannat, Miller, Deisen, die Brüder Eildermann) wie in der KAPD (Plättner, Onasch, Bäumer, Becker, Schneider),<sup>49</sup> später in der KPO (Brandler, Frölich, Deisen, Ehlers, Schmidt, Vogeler)<sup>50</sup>. Einige gingen zeitweilig zu den Syndikalisten oder organisierten sich gewerkschaftlich in der AAU (Miller, Franz Martin, Meseke, Dantz, Osmers). Andere gingen über die USPD zurück zur SPD (Henke, Faust, Hagedorn, Frasunkiewicz). Was sie zeitlebens einte, blieb trotz aller Differenzen der hohe Respekt und die Achtung gegenüber Rosa Luxemburg. Bezeichnend dafür ist, dass Alfred Faust (USPD) als Volkskommissar für Presse und Propaganda des Rates der Volksbeauftragten der Bremer Räterepublik seinen Posten am 17. Januar 1919 niederlegte, weil er es versäumt hatte, einen Artikel in der von den Räteorganen zugelassenen konservativen „Weser- Zeitung“ zu zensieren, der die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht begrüßt hatte. Schon Anfang Dezember hatte dieses von den „Pfeffersäcken“ um Ludwig Roselius geförderte Presseorgan darauf aufmerksam gemacht, dass „Bremen im ganzen Reich für die Hochburg und das Experimentierfeld der Spartakusgruppe“ gelte. Die Kapitalfraktion forderte mit der Bremer MSPD den ihnen aus seinen Bremer Tagen als Arbeitersekretär vertrauten Reichskanzler Friedrich Ebert auf, Truppen nach Bremen zu senden, um dem „Terror der Arbeiterführer und Arbeiter“ ein Ende zu bereiten: „Lieber Albion als

---

<sup>48</sup> Arbeiterpolitik. 4.Jg., Nr. 6, 8.2. 1919, S. 1

<sup>49</sup> Vgl. u.a. Peter Kuckuk, Syndikalisten und Kommunistische Arbeiterpartei in Bremen in den Anfangsjahren der Weimarer Republik, in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr.14, 1996, S. 15-66.

<sup>50</sup> Vgl. K.H. Tjaden, Struktur und Funktion der „KPD-Opposition“ (KPO), Meisenheim 1964.

Spartakus“.<sup>51</sup> Für die linke Kultur Bremens bleibt es bis heute bezeichnend, dass nach wie vor jährlich eine Mahnveranstaltung zum Gedenken an die Toten vom 4. Februar 1919 vor dem Denkmal der Gefallenen der Bremer Räterepublik auf dem Waller Friedhof stattfindet, getragen von einem breiten linken Bündnis, an dem sich neben den Gewerkschaften nach wie vor auch Sozialdemokraten beteiligen.

(evtl. einbauen: Handschriftliches Schreiben von Alfred Faust vom 17.1.1919 an den Rat der Volksbeauftragten auf dem Briefpapier der BBZ, siehe unten)

---

<sup>51</sup> So das Preußische Generalkonsulat in Bremen am 4.12.1918 an „den Reichskanzler. Seine Exzellenz Herrn Ebert“, in Akten der Reichkanzlei, betreffend die freien Städte Hamburg, Lübeck, Bremen, Nr. 1711, Bl. 260-267, komplett zitiert in Jörg Wollenberg, Die AG Weser zwischen Sozialpartnerschaft und Klassenkampf. Arbeitskämpfe und politische Streiks der Bremer Werftarbeiter, Bremen 1984, S.82-86.

Redaktion der  
'Bremer Bürger-Zeitung'  
Telephonruf Nr. 1830  
Langturm 8/9

Bremen, den 17. 1. 1919

Eingeg. beim Rat der Volksbeauftragten  
am 16. Jan. 1919  
in Expl. mit in Expl.  
J.-No.

### Erklärung

Zu meinem Entsetzen  
und tiefen Bedauern lese  
ich in der 'Weser-Ztg.' den  
Feuilletonartikel über Liebknecht  
und Rosa Luxemburg.

In der Überwindung und  
besten Nacharbeit hatte ich

es versäumt, das sonst  
harmlose Feuilleton zu prüfen.

Dadurch habe ich mich einer  
unverzeihlichen Fahrlässigkeit schuldig  
gemacht, aus der ich die Konsequenz  
ziehen muß und will.

Ich lege daher mein Amt  
als Leiter des Kommissariats für  
Presse- u. Propaganda in die  
Hände des Rates der Volksbe-  
auftragten nieder.

Alfred Faust

3-28.183

## **Rosa Luxemburg und die Bremer Linksradikalen. Unterschiedliche Gemeinsamkeiten**

Trotz der konsequenten und kontinuierlichen Solidarität mit den Bolschewiki kann nicht übersehen werden, dass das Demokratiekonzept der Bremer Linken in vielerlei Hinsicht Lenins zentristischem Parteikonzept und der praktizierten bolschewistischen Revolutionspolitik in Russland entgegenstand und sich Ende Dezember 1918 den Vorstellungen von Rosa Luxemburg und denen der Spartakusgruppe wieder anzunähern begann<sup>52</sup>. Das Eigenleben der Bremer Arbeiterintellektuellen erschwerte die Einordnung in die traditionellen Strukturen des Marxismus- Leninismus und erlaubte immer wieder Ausgrenzungen. Bis zu der von Georg Conert inspirierten Publikation „der Gruppe Arbeiterpolitik“ über „Die Bremer Linksradikalen“ von 1969 und 1979 fehlen Hinweise auf die Zusammenarbeit der Bremer Linken mit Rosa Luxemburg in den Jahren 1917/18. Selbst der in Bremen als Redakteur der BBZ unter Alfred Henke tätige und anschließend die „Arbeiterpolitik seines Freundes Johann Knief mitprägende oppositionelle Kommunist Paul Frölich widmet als intimer Zeitzeuge der Entstehung dieser konfliktreichen Kooperation in seiner Rosa Luxemburg –Biographie keine Zeile<sup>53</sup>. Auch die soliden Forschungsarbeiten von Georg Engel über die „Arbeiterpolitik“ klammern dieses Problem der unterschiedlichen Gemeinsamkeiten weitgehend aus. Noch in der jüngst von ihm vorgelegten Biographie über Johann Knief sucht man vergeblich nach Spuren eines Zusammenhangs der kritischen Betrachtungen zur russischen Revolution, die von den Bremern um Johann Knief und Rosa Luxemburg vorgelegt wurden. Das ist umso erstaunlicher, weil der neue, auf die Arbeiterintelligenz setzende Kurs von Chruschtschow nicht nur im Moskau der fünfziger Jahre eine Öffnung gegenüber nichtzentristischen Modellen des Kommunismus erlaubte. Exemplarisch sei dafür auf die Studie von S.I. Spiwak verwiesen, der der „Geschichte der Bremer Gruppe der ‚Internationalen Kommunisten Deutschlands‘“ in der Nummer 9 der Zeitschrift „WOPROSSY ISTORII“ einen in Deutschland bislang wenig beachteten Beitrag widmet.<sup>54</sup> Diese Arbeit entstand in Zusammenarbeit mit Rudolf Lindau/DDR, dem einstigen Vertreter der Hamburger Linksradikalen, der nicht nur wegen seines Kontaktes zu den alten KPO- Genossen der „Gruppe Arbeiterpolitik“ in Bremen in den fünfziger Jahren als SED –Mitglied und Direktor der Parteischule in Berlin von der Gruppe um Ulbricht um seinen Einfluss gebracht wurde. Da die Bremer Gruppe mit ihren syndikalistischen Abweichlern zu den Gründern der KPD in Deutschland zählte, konnte man sie allerdings ebenso wenig gänzlich übersehen wie die Anhänger Rosa Luxemburgs. Und so ist es kein Zufall, dass sie nach 1989 eine Renaissance erlebten. Das betraf neben Rosa Luxemburg und Johann Knief auch Karl Radek, den polnischen Juden aus Lemberg, der als verlängerter Arm Lenins den Bremer Linken, besonders Johann Knief, in den Krisenjahren des Aufbruchs persönlich näher stand als Rosa Luxemburg. Von Radek, dem zu Provokationen neigenden Zyniker mit blutendem Herzen, stammt eine Anekdote, mit der er die auch von den Bremern bekämpfte Vorliebe der Sozialdemokraten zur strengsten Disziplin und ihren festen Glauben an jede „Obrigkeit“ zu charakterisieren versucht: Als die Berliner Arbeiter in den Novembertagen das Reichstagsgebäude erstürmen wollten, sei ein sozialdemokratischer Funktionär auf einen Laternenpfahl geklettert und habe, so laut er konnte, gerufen: „Aufpassen, Kameraden, nicht auf den Rasen treten!“. Der holländische KZ- Häftling Nico Rost erzählte diese Anekdote in Dachau seinem

<sup>52</sup> Vgl. dazu Ottokar Luban, Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, 2008, S. 26-42.

<sup>53</sup> Paul Frölich, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, 1948, 4.Auflage Frankfurt/M 1967.

<sup>54</sup> Nachgedruckt in Die Presse der Sowjetunion, Nr. 144, 1956, S. 3257-3259.



Nürnberger Freund Heini Stöhr von der SPD, um zu erklären, warum „Zehntausende deutscher Sozialdemokraten trotz ihres guten Willens und obwohl sie viel belesener und entwickelter waren als die meisten Arbeiter in den anderen Ländern Europas, doch beinahe nichts getan haben, um den Nazis den Weg zur Macht zu versperren“.<sup>55</sup>

Folgt man den jüngeren Forschungen zu Rosa Luxemburg<sup>56</sup>, dann ist unübersehbar, dass die Bremer Linksradiكالen um Johann Knief und Anton Pannekoek seit der Massenstreikdebatte von 1906 mit Rosa Luxemburg entschieden für die Spontaneität der proletarischen Massen plädierten. Immer wieder betonten sie mit Rosa Luxemburg die Notwendigkeit einer basisorientierten Konzeption jeder sozialistischen Bewegung, die dem Organisationszentrismus Lenins mit dem ZK als aktiver Kern einer Partei entgegenstand. Allein Rosa Luxemburgs Kritik an der „reichlichen Anwendung des Terrors durch die (russische) Räteregierung“ traten sie aus tagespolitischen Gründen mit einer behutsameren, einschränkenden Auffassung entgegen. Von Anfang an ist dem Bremer Konzept der antizentralistischen und antiparlamentarischen Organisation aber auch eine Nähe zu der niederländischen SDP von Anton Pannekoek und Hermann Corter mit deren Forderung nach der „Selbstbewußtseinsentwicklung des Proletariats“ nicht abzusprechen; auch nicht zu dem kommunistischen Anarchismus von Gustav Landauer und Erich Mühsam, mit denen Knief im Sommer 1917 in München persönlichen Kontakt aufnahm<sup>57</sup>. Zu dem Linkskommunisten um Otto Rühle entwickelten sich im Gegensatz zu der Hamburger Richtung von Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim seit November 1915 mit der Ablehnung der Kriegskredite und der „Vaterlandsverteidigung“ eine kontinuierliche Zusammenarbeit. Und es ist kein Zufall, dass in der „Arbeiterpolitik“ auch die Repräsentanten des Austromarxismus um Friedrich Adler (am 4.3.1918 zum Problem der Vaterlandsverteidigung) und Otto Bauer (am 4.5.1918 zum 100. Geburtstag von Karl Marx) neben zahlreichen Beiträgen von Lenin (z.B. Artikelserie am 20.7., 27.7. und 3.8.1918 zu „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“) zu Wort kamen. Am 20. April 1918 äußerte sich Friedrich Adler zum zentralen Dauerthema der Bremer Linken: „Der Kampf um Kultur im neuen Klassenstaat“.

Das aus diesem linken Bremer Amalgam der zeitweiligen Zusammenarbeit von Linkssozialisten, Kommunisten und Syndikalisten resultierende politische Denken und Handeln erlebte eine Zuspitzung mit den dramatischen Ereignissen der Novemberrevolution. Diese gaben Ende November 1918 in Bremen den Anlass zur Gründung der Partei der „Internationalen Kommunisten Deutschlands“. Die postulierte radikale Trennung von der USPD veranlasste den vom Tode gezeichneten Johann Knief, ab dem 27. November 1918 neben der „Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ zusätzlich eine Tageszeitung zur Kommentierung der revolutionären Ereignisse herauszugeben: „Der Kommunist. Organ der Internationalen Kommunisten Deutschlands“. Eine Tageszeitung, die sich im Gegensatz zur „Arbeiterpolitik“ durch eine noch größere Nähe zu Lenin auszeichnete und die Kritik am Berliner Parteizentrum der Spartakusgruppe verstärkte. Eine Überanstrengung, die - trotz der gescheiterten Versuche der Eroberung der Staatsmacht - nach der Zerschlagung der Räterepublik am 4. Februar 1919 das Bremer linke Bündnis nicht gänzlich zerstörte, sondern zu tief reichenden und langfristig wirkenden kulturellen Prägungen einer antiautoritären Sozialismus-Auffassung Anlass gab. Sie zog aus der Erfahrung mit und der Kritik an den

<sup>55</sup> Vgl. Nico Rost; Goethe in Dachau, Berlin 1948, S.88 (Tagebuchnotiz zum 31.8.1944)

<sup>56</sup> Vgl. dazu Ottokar Luban, Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, Leipzig 2008 (Rosa Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 6).

<sup>57</sup> Vgl. Gerhard Engel, Johann Knief- ein unvollendetes Leben, Berlin 2011, S. 325-338.

Bürokratisierungstendenzen der großen Arbeiterorganisationen ihre Kraft und war bis in die fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts mit der Ablehnung des demokratischen Zentralismus und einer starken betrieblichen Orientierung jederzeit zum Engagement gegen autoritäre Bestrebungen in den Gewerkschaften zu mobilisieren. Und dennoch empfanden die Bremer Internationalen Kommunisten es nicht als Widerspruch, wenn sie nach der Niederlage der revolutionären Arbeiter Bremens ihr politisches Vermächtnis in der letzten Nummer der „Arbeiterpolitik“ vom 8. Februar 1919 unter der Überschrift „Was wollen die Kommunisten“ mit einem Bekenntnis zur russischen Revolution verknüpften und mit Auszügen aus der Verfassung der russischen Sowjetrepublik beendeten: „Die vergangene revolutionäre Bewegung in Deutschland barg in sich den Auftakt der großen Arbeiterrevolution. Sie hat den Sieg des Proletariats über das Kapital nicht gebracht...In Rußland haben unsere Genossen gesiegt. Die Diktatur des Proletariats ist dort verwirklicht...“

Das abschließend auf der letzten Seite der „Arbeiterpolitik“ abgedruckte „Rebellenlied“ von Erich Mühsam forderte alle Oppositionellen dazu auf:

„Germane, Römer, Jud und Ruß

In einem Bund zusammen,-

Der Völker brüderlichen Kuss

Löscht alle Kriegesflammen.

Jetzt gilt's, die Freiheit aufzustellen.

Die rote Fahne hoch, Rebellen!“

### **Exkurs : Fortsetzung des Kampfes in den Gewerkschaften nach 1918 am Beispiel von Josef (Sepp) Miller aus Bremen.**

Einfluss gewannen die Bremer Anhänger der Räterepublik in den Gewerkschaften, insbesondere in dem von USPD -Mitgliedern beherrschten Metallarbeiter-Verband; und dort vor allem in den Großbetrieben im Werftenbereich unter den gewählten Arbeiterräten. Eine bislang zu wenig beachtete eigenständige Rolle übernahm dabei Josef (Sepp) Miller. Schon vor dem Ersten Weltkrieg zählte er zu den einflussreichen Bremen Linsradikalen innerhalb des noch geeinten Bremer Ortsvereins der SPD und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV). Er prägte mit Paul Frölich, Hans Höcker, Adolf Dannat, Carl Stucke und Willi Deisen das linke Vertrauensmännersystem der Bremer Betriebe von Atlas über das Gaswerk bis zur AG „Weser“. Er initiierte immer wieder Flugblatt- und Streikaktionen und wurde wegen der Teilnahme an dem Bremer Werftarbeiterstreik vom 14. Juli bis zum 8. August 1913 gemäßregelt. Als Mitglied des Arbeiterrates gelang es ihm, auf der A. G. „Weser“ für die damals 10.988 Beschäftigten während der Novemberrevolution Lohnforderungen durchzusetzen und eine Fabrikordnung zu verabschieden, die eine Vorbildfunktion erlangte. Die oppositionelle Liste der Syndikalistinnen und Kommunisten gewann bis 1924 stets eindeutig gegenüber der Gewerkschaftsliste bei den Betriebsratswahlen auf der Werft. Miller blieb als Mitglied der kommunistischen Fraktion des Arbeiter- und Soldatenrates in alle wichtigen Entscheidungen der Räterepublik einbezogen und sorgte in enger Übereinstimmung mit Johann Knief für die Bewaffnung der Werftarbeiter. Als Mitglied der vom A. u. S.-Rat gewählten Verhandlungsdelegation versuchte er am 3. Februar 1919 in Verden vergeblich, die militärische Intervention der Gerstenberger und des Freikorps Caspari gegen die Räterepublik und somit das Blutvergießen vom 4. Februar 1919 zu verhindern.<sup>58</sup> Nach der Zerschlagung der Bremer Räterepublik wählten ihn die Bremer Metaller im

---

<sup>58</sup> Sepp Miller, Auf der Bremer Weserwerft wehte die rote Fahne, in: Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/19, Berlin 1958, S. 196-208.

Februar 1919 zu ihrem Bevollmächtigten<sup>59</sup>. Er organisierte u.a. am 6. März 1919 den Streik für die Befreiung der revolutionären Funktionäre der Räterepublik, die nach dem 4. Februar 1919 in den Mißler- Auswandererhallen interniert worden waren<sup>60</sup>. Ebenfalls beteiligte sich Miller ab 15. April 1919 führend an dem Generalstreik gegen die Provisorische Regierung von fünf Mehrheitssozialisten in Bremen<sup>61</sup>, mit dem USPD, KPD, die Syndikalisten und die Gewerkschaften den Belagerungszustand in Bremen aufzuheben versuchten. Die Bürger antworteten am 20. April 1919, unterstützt vom Senat, mit einem sechstägigen „Abwehrstreik“, der als „Stacheldrahtostern“ in die Geschichte einging und den Machtkampf zwischen radikaler Arbeiterschaft und mehrheitssozialistisch- bürgerlicher Koalitionsregierung Ende April 1919 beendete<sup>62</sup>.

Im Oktober 1919 nahm Miller als gewählter Delegierter am Verbandstag des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart teil. Schon auf dem Verbandstag in Köln von Ende Juni 1917 gehörte Miller mit dem Vorsitzenden der Berliner „Revolutionären Obleute des Metallarbeiter-Verbandes“, Richard Müller, und dem späteren Vorsitzenden Robert Dißmann zu den oppositionellen Delegierten, die mit ihrer Kritik knapp an der Abwahl des Vorsitzenden Schlicke scheiterten. In Stuttgart dagegen trug er mit seiner Stimme zur Abwahl des alten Vorstands unter Leitung von Alexander Schlicke bei. Er half dort, die umstrittene Resolution mit 194 gegen 129 Stimmen durchzusetzen, die von dem neu gewählten Vorsitzenden Robert Dißmann (USPD) eingebracht worden vor: „Die Generalversammlung verwirft die Haltung und Politik, die von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und den leitenden Instanzen unseres Verbandes während den Jahren des Krieges wie nach den Novembertagen 1918 eingenommen wurde.“ -. Dagegen scheiterte Miller mit dem Antrag, den DMV auf der Grundlage von selbständigen Betriebsorganisationen neu aufzubauen und anschließend den DMV in die Allgemeine Arbeiter-Union (AAU) zu überführen: „Nun ist die wichtigste Frage, ob die Gewerkschaften in der Lage sind revolutionäre Kämpfe zu führen. Das bezweifle ich...Die Gewerkschaften in ihrer Mehrheit sind konterrevolutionär und werden von den Kapitalisten auch so eingeschätzt...Wenn man aber alle Macht den Arbeiterräten geben will, dann ist es jetzt an der Zeit, eine Organisation zu finden, aus der die Räte herauswachsen, und das ist die Betriebsorganisation“. Gegen das „verpönte Bonzentum“, so Miller weiter auf dem Verbandstag von 1919, „müssen wir die Mitglieder zwingen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. ..Was hindert uns daran, den Deutschen Metallarbeiter-Verband als Grundlage für die große allgemeine Arbeiterunion zu machen? Der Gedanke bewegt die Herzen und Köpfe einer großen Zahl von Mitgliedern.“<sup>63</sup> Wesentlich erfolgreicher war Miller mit dem Antrag, der Sowjetunion

---

<sup>59</sup> Zum gleichen Zeitpunkt wurden die Geschäftsführer des DMV in den größeren Verwaltungsstellen, die den Kriegskrediten und der Politik der MSPD und des DMV –Vorstandes zugestimmt hatten, abgewählt und durch USPD -Leute abgelöst, z. B. in Berlin, Köln, Stuttgart, Halle usw.

<sup>60</sup> Das war der Ort, an dem der Bremer NS-Senat im März 1933 das erste KZ in Bremen einrichten sollte. In beiden Fällen zeichnete als Kommandeur der hoch dekorierte Präsident der Sicherheits-/Ordnungspolizei und frühe Förderer Hitlers, Walter Caspari (1877-1962), mit verantwortlich. (Dazu Jörg Wollenberg, Vom Auswanderlager zum KZ. Zur Geschichte des Bremer KZ Mißler, in: Beiträge zur Sozialgeschichte Bremens, Heft 5, 1982, S. 81-150.

<sup>61</sup> Peter Kuckuk (Hg.), Die Revolution 1918/19 in Bremen, 2010, S.78ff.

<sup>62</sup> Ulrich Albert, Der 21er-Ausschuß im Kampf gegen die Provisorische Regierung. Von der militärischen Niederschlagung der Räterepublik bis „Stacheldraht- Ostern“, in: Kuckuk (Hg.), 2010, S. 105-130.

<sup>63</sup> Protokoll der 14. ordentlichen Generalversammlung des DMV in Stuttgart vom 13.-23.10.1919, S. 210-212, 274f., 378f.; Fritz Opel, Der Deutsche Metallarbeiter-Verband während des ersten Weltkrieges und der Revolution, Frankfurt/M 1980 (4.Auflage), S. 104ff. Die von Miller eingebrachten Bremer Anträge zum 14. Verbandstag mit der Forderung zur „Umwandlung der Verbandssatzung in

über den DMV brüderliche Hilfe und Unterstützung u. a. durch die Aufnahme wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen zukommen zu lassen. Das Plädoyer des international eingestellten Friedenskämpfers, der vor dem Ersten Weltkrieg seine geistige Prägung als einfacher Schlosser unter Anleitung von Anton Pannekoek, Heinrich Brandler und Johann Knief im Bildungsausschuss der Bremer Arbeiterbewegung erfahren hatten, endete mit einem Zitat, mit den Worten des französischen Sozialisten Jean Jaurès aus Anlass der Balkan-Kriege von 1912/13: „Er zog damals die Worte aus Schillers Glocke an: vivos voco, mortuos plango, fulgura frango. Die Lebenden rufe ich, die Toten beklage ich, die Blitze breche ich“<sup>64</sup>. Mit diesen „Worten an die Genossen im Ausland“ verabschiedete sich Miller von seiner Organisation der Metallarbeiter. Denn die neue linke Führung unter Robert Dißmann und Richard Müller<sup>65</sup>, die Repräsentanten der „Revolutionären Obleute“, begegnete den „Spaltern“ um Miller mit einer „Reverskampagne“, die zum Ausschluss derjenigen Mitglieder führte, die sich weiter zur Allgemeinen Arbeiterunion (AAU) bekannten.<sup>66</sup> Als Miller (und Karl Becker) später ihre linksoppositionelle Haltung aufgaben, übernahmen sie wichtige Funktionen in der zentristisch ausgerichteten KPD. Miller arbeitet nach seiner Abwahl als Bevollmächtigter des DMV zunächst als Ortssekretär der KPD in Bremen, nach 1921 als politischer Sekretär des Bezirks Hannover und von 1928 bis 1930 als Mitglied des Reichstages, anschließend als „Versöhnler“ in der „Roten Hilfe“ und als Leiter der „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur“ (IFA)<sup>67</sup>. Hier traf er neben Wilhelm Pieck wieder auf die „alte Garde der Bremer KPD“, das Sammelbecken der sogenannten Rechtsabweichler um Adolf Ehlers, Willi Deisen, Franz Cavier und Heinrich Vogeler. Miller überlebte den Faschismus im schwedischen Exil. Dort gehörte er im Januar 1944 mit August Enderle, Max Hodann, Willy Brandt und den ehemaligen Bremern Herbert Warnke und Ernst Brehm zu den Gründern des „Freien Deutschen

---

revolutionärem Sinne“ veranlassten den später von Richard Müller abgelösten Chefredakteur des Verbandsorgan schon im Vorfeld mit dem Leitartikel zum Verbandstag zur scharfen Kritik (Metallarbeiter-Zeitung, 11.10.1919, S.1).

<sup>64</sup> Protokoll 1919, S. 311

<sup>65</sup> Zu Richard Müller, der die Novemberrevolution in Berlin entscheidend mit prägte und der als Vorsitzender des Vollzugsrates der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte zum Leiter des „Zentralrates der Deutschen Sozialistischen Republik“ gewählt wurde und somit der höchste Repräsentant in Deutschland zur Zeit der Novemberrevolution war, liegt endlich eine biographische Studie vor: Ralf Hoffrogge, Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, Berlin 2008 (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Band VII). Was hier wie auch in der Brandler-Biographie von Jens Becker fehlt, ist eine Darstellung der engen Kooperation zwischen Brandler und Müller nach 1919 in der Gewerkschaftsfrage. Dazu u.a. Heinrich Brandler: Rede gehalten auf dem 1. Kongress der Betriebsräte der Gewerkschaften Deutschlands, Leipzig 1920. (mit Auszügen der Beiträge von Robert Dißmann, Rudolf Hilferding, Clemens Nörpel u.a.). Außerdem: H. Brandler, Durch die Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus, Chemnitz o. J. (Kommunistisch Zeitfragen Nr. 1).

<sup>66</sup> Miller zur Stuttgarter Resolution von 1919 und zum Organisationsstatut, Protokoll s. 161f. Zum Beschluss des Verbandstages des DMV in Stuttgart vgl. auch den Verbandstag in Jena, September 1921, Protokoll S. 285: Auseinandersetzung zwischen Dißmann und Jacob Walcher (mit Brass damals Sprecher der Fraktion der KPD im DMV). Interessant ist, dass in den 50er Jahren erneut ein zum Vorsitzenden gewählter Repräsentant der Linken (Otto Brenner) diese Reverspolitik wieder aufnahm und fortsetzte, um die KPD-Mitglieder ausschließen zu können, die nicht bereit waren, sich vom Beschluss des KPD-Parteitags (Gewerkschaften seien der verlängerte Arm des US-Imperialismus) schriftlich zu distanzieren.

<sup>67</sup> vgl. Hermann Weber, Die Generallinie. Rundschreiben der KPD an die Bezirke 1929-1933, 1981, S. 54, in: Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 3. Reihe, Bd. 6).

Kulturbundes“, der letzten und größten Gruppe einer deutschen Volksfront im Exil<sup>68</sup>. Nach 1945 ging er mit Seydewitz, Mewes, Glückauf und Warnke in die SBZ und wurde zum Hauptreferenten der Abteilung Personalpolitik des Parteivorstands der SED berufen. Eine seiner ersten Aufgaben bestand darin, als Mitglied einer Untersuchungskommission tätig zu werden, die unter dem Vorsitz von Georg Wolf ehemalige Funktionshäftlinge aus Buchenwald (u. a. Ernst Busse, Erich Reschke und Walter Bartel) schwerer Fehlverhalten überführte<sup>69</sup>.

### **Nachwort: Mit den Bremer Linken „aus verpassten Chancen lernen!“ (Rosa Luxemburg). Unterdrückung der Eigeninitiativen als Strukturproblem der deutschen Arbeiterbewegung**

In der systematischen Unterdrückung der Eigeninitiativen von unten hatten die Bremer Linken in Übereinstimmung mit Rosa Luxemburg eine wesentliche Ursache für die Niederlage im Kampf um eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft gesehen. Hier gilt es anzuknüpfen und in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eigenverantwortliche Tätigkeit und Selbstbestimmung wieder einzuüben. Hat ein solcher Ansatz überhaupt angesichts des „Strukturkonservatismus“ in der deutschen Arbeiterbewegung eine Chance auf Realisierung? Ist man in den Führungsetagen der von SPD- Mitgliedern nach wie vor dominierten Gewerkschaften bereit, über notwendige Veränderungen nachzudenken?

Angesichts der Fehler und des Versagens der kommunistisch orientierten Arbeiterbewegung fasste Peter Weiss - in Kenntnis der Schriften von Rosa Luxemburg und Gramsci, aber auch von Johann Knief und August Thalheimer - lange vor 1989 noch einmal seine Reflexionen über die Opfer des Faschismus und Stalinismus, wie auch die Widersprüche im sowjetkommunistischen Lager in Folge des Spanischen Bürgerkrieges, der Moskauer Prozesse und des Hitler-Stalin-Paktes so zusammen:

„Die Forderung kam auf uns zu: zu unterscheiden zwischen den Morden der Faschisten und den Morden, die auf unsrer Seite begangen wurden. Hinter den faschistischen Morden sahen wir ein für immer mörderisches System, in dem es nur einen einzigen Änderungsversuch gab, welcher nicht aussichtslos war: der Angriff mit dem Ziel der völligen Vernichtung. Die Verbrechen im Namen des Kommunismus, so ungeheuerlich sie auch waren, ließen sich zurückführen auf historisch bedingte Deformationen: sie konnten, auf dem Weg der Vernunft, zu einer Klärung gebracht werden. Während der Faschismus für immer verdammt werden musste, waren im Kommunismus die Ausartungen unterm Druck einer kollektiven Paranoia zu verurteilen, doch wir konnten uns eine Zeit vorstellen, in der die Despotie ausgemerzt, die Bleikammern geöffnet, die Hintergründe der Unmenschlichkeit dargelegt, die Opfer rehabilitiert sein würden: dafür kämpften wir. Manchmal aber fürchteten wir, dass alles schon allzu sehr vom Wahnsinn zerfressen und verwildert war, als dass es noch ein objektives Denken, ein Eingreifen in die eigne Geschichte geben könnte. Wir waren schrecklich bedroht. Wir mussten uns noch einmal

---

<sup>68</sup> Vgl. Jan Peters, Exilland Schweden. Deutsche und schwedische Antifaschisten 1933-1945, Berlin 1984; Klaus Misgeld, Die „Internationale Gruppe demokratischer Sozialisten“ in Stockholm 1942-1945, Bonn 1976.

<sup>69</sup> vgl. M. Overesch, Buchenwald und Weimar oder die Suche nach der Selbstlegitimation, 1995, S. 218ff.; L. Niethammer, Der gesäuberte Antifaschismus, 1994, S.68-91; David A. Hackett, Der Buchenwald-Report, München 1996; Heinz Koch und Udo Wohlfeld, Das deutsche Buchenwaldkomitee, Schriftenreihe der Geschichtswerkstatt Weimar-Apolda, Heft 7, 2010; Jörg Wollenberg, Die „Roten Kapos“ – „rotlackierte Nazis“ und „willige Vollstrecker der SS“?, in: M: Brosch u.a.(Hg.), Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland, Berlin 2007, S. 115-139).

entscheiden. Zwischen zwei Schrecklichkeiten zogen wir die eine vor, die vielleicht noch einen Ausweg, eine Möglichkeit zur Verbesserung enthielt. Starr vor Schrecken mussten wir unsre Wahl treffen - doch ich verstand Hodann, der sich von dieser Partei abwandte“.<sup>70</sup>

Sich wie der Arzt und Sexualpädagoge Max Hodann von der Partei (KPD) abzuwenden, muss auch nach dem „Geschichtsbruch“ von 1989/90 nicht heißen, den Sozialismus insgesamt auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Erinnerungsarbeit - als konstruktive Form der politisch bewussten Aneignung von Geschichte für die Gegenwart und Zukunft, die die Frage nach den Opfern des Faschismus und Stalinismus nicht ausklammert -, bedeutet für Peter Weiss keinesfalls, das Projekt Sozialismus aufzugeben. Der „russische Sonderfall“, so schon August Thalheimer, die „allmächtige Regierungsmaschine des alle Seiten dieser Gesellschaft beherrschenden Zwanges“ ist zu überwinden „und stattdessen das freiwillige von der Selbstdisziplin geleitete, zur selbstverständlichen Gewohnheit gewordene und bewusste kollektive Handeln“ zu fordern.<sup>71</sup> Aus der dialektischen Begriffsfassung „eines Anfanges des Sozialismus“, in dem der „Widerspruch des Ausgangspunktes“, aber auch des „noch nicht Erreichthabens des Endpunktes“ enthalten ist, ergibt sich die Aufgabe, „nicht fortzusetzen, wo die Russen aufgehört haben, sondern neu anzufangen“. Soweit August Thalheimer in seinem erst 1971 veröffentlichten Manuskript „Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst“.

Und Peter Weiss, der uns in seiner „Bildungsreise“ mitten durch die Kriege der Klassen vornehmlich auf den Spuren der konspirativen Arbeit und inneren Konflikte der deutschen kommunistischen Zellen führt – von Bremen 1918/19 als Ausgangspunkt über den Widerstand der Arbeiterbewegung nach 1933 in Berlin bis zu den Exiljahren in Frankreich, Spanien und Schweden -, hält resümierend fest: „Europa ist ein einziger Friedhof von betrogenen, verratenen und gemordeten Hoffnungen. Von der Strangulierung des Spanischen Bürgerkriegs, der Preisgabe der Widerstandsbewegung nach dem 2. Weltkrieg, der Verschacherung der westlichen Kommunistischen Parteien durch den Marshallplan, bis zur Aufteilung in die Großmachtblöcke Ost und West, wölbt der Dunghaufen Europa seine Fäulnis immer höher, stinkend zum Himmel.“<sup>72</sup> Im Schlussband seiner Romantrilogie konstatiert Weiss mit einer kaum zu übertreffenden Härte und Klarheit: „Dies war das Furchtbare, dass die Partei, deren Aufgabe es gewesen wäre, für die Befreiung der Kultur zu wirken, ihre schöpferischen Denker vernichtete und nur die Schablonen noch gelten ließ. Sie alle, die sich um Luxemburg versammelt hatten, waren Fürsprecher einer Revolution gewesen, die die guten Fähigkeiten der Menschen zur Entwicklung bringen sollte, und so wie der Faschismus eingeschlagen hatte auf die differenzierten Leistungen von Kunst und Literatur, so war auch vom Zentrum des Kommunismus die Destruktion der Intellektuellen angeordnet worden.“<sup>73</sup>

Ein anderer herausragender Zeitzeuge dieser Ereignisse, Heinrich Brandler (1881-1967), hat wenige Wochen vor seinem Tode (in Gegenwart seiner Bremer und Hamburger Genossen der „Gruppe Arbeiterpolitik“) die wesentlichen Kritikpunkte dieser Entwicklung noch einmal im Rückblick auf die Ereignisse in Bremen

---

<sup>70</sup> Peter Weiss, Notizbücher 1971-1980, Bd. II, 1981, S. 722 f.

<sup>71</sup> August Thalheimer, Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst, 1971, S.10f..

<sup>72</sup> Peter Weiss, Notizbücher 1960-1971, Bd. 2, S. 851

<sup>73</sup> Peter Weiss, Ästhetik des Widerstands, Band 3, S. 151

zusammen zu fassen versucht<sup>74</sup>. Brandler ging dabei von der Frage aus, warum schon vor dem Faschismus die Einheitsfront scheiterte und die Volksfrontpolitik als alternativer Ansatz im Exil aus seiner Sicht ebenfalls zu kritisieren war. Der Nachfolger von Paul Levi als Vorsitzende der KPD war zum Sündenbock für die „verratene Revolution“ vom Oktober 1923 mit ihrer gescheiterten Bündnispolitik erklärt worden. Vergeblich hatte Brandler anschließend versucht, mit seinen Weggefährten aus Bremen die inzwischen stalinisierte KPD „zurückzuerobern“. Aber, so Brandler, „wir standen immer unter dem Vorwurf, wir seien Luxemburgianer mit allen ihren Fehlern“. Dabei habe er seit seinen Bremer Jahren ab 1904 gelegentlich gegen Rosa Luxemburg argumentiert, besonders was die Gewerkschaftsbürokratie und den Massenstreik betraf. Und mit den Bremer Linken um Johann Knief sei er im Herbst 1916 der Kritik von Rosa und Jogiches entgegengetreten, „dass wir uns zu sehr mit der Bremer ‚Arbeiterpolitik‘ solidarisierten“ und zu wenig mit dem Spartakusbund. „Wir haben zwar die ganze Zeit zu den Linksradiكالen um Rosa Luxemburg, Mehring usw. gehört, das bedeutet aber nicht, dass wir ihre Politik, die auch Lenin kritisierte und wie sie in der Juniusbroschüre vertreten wurde, in allen Fragen unterstützten, was damals in der ‚Arbeiterpolitik‘ abgedruckt wurde, die wir unterstützten“. Brandlers Kritik an den Arbeiter- und Soldatenräten, die er wegen ihrer wenig kämpferischen Politik und der Zustimmung zur Nationalversammlung als „Angst- und Sorgenräte“ charakterisiert, veranlasste ihn Ende Januar 1919, die Rolle der Räte als selbständige Staatsorgane der Revolution zu begründen und dazu die Broschüre „Durch Räte zur Einheit der Arbeiterklasse und zum Kommunismus“ vorzulegen. Auf dem ersten Kongress der Betriebsräte der Gewerkschaften Deutschlands von 1920 konkretisierte Brandler in Auseinandersetzung mit Rudolf Hilferding (USPD) seine politische Einheitsfronttaktik (mit den Arbeitern zum Sieg durch Wahlen in den Betrieben) in einer Rede, auf die er in seinen zahlreichen Referaten auf den Betriebsrätekonferenzen in Bremen, Hamburg, Sachsen, Thüringen und Rheinland- Westfalen immer wieder zurückgriff – „Referate, die ich noch 1922, als ich nach der Amnestie nach dem Rathenau-Mord zurückkam, gehalten habe“ (S. 17). Orientiert an den eigenen Erfahrungen als Gewerkschaftssekretär des Bauarbeiter-Verbandes in Bremen und Chemnitz setzte Brandler stets auf den Masseneinfluss der reformistischen Gewerkschaften und vertraute nicht allein der Partei. Deshalb sprach er sich 1920 gegen die „Schaffung der Kommunistischen Internationale als einer zentralen Einheitsorganisation für die Entwicklung des Weltkommunismus und der Weltrevolution aus, die von Moskau aus ...die Führung übernimmt“. (S. 6).

Denn „mein Standpunkt ist – und davon bin ich immer ausgegangen: Nur wenn man den entscheidenden Teil der Arbeiterklasse für die revolutionären Ziele gewinnen kann, nicht nur für die Propaganda, sondern dass sie in der Tat sich dafür einsetzen, dann ist die Revolution möglich“(S.6). Schon 1916 hätte er sich, so Brandler in seinen Erinnerungen von 1967, gegen Paul Frölichs Artikelserie in der „Arbeiterpolitik“ zu Gewerkschaftsproblemen gewandt und Frölichs Appell „Schluss mit den reformistischen Gewerkschaften, sie hindern nur die Arbeiterschaft“ bekämpft. Deshalb habe er dem Chefredakteur Johann Knief mitgeteilt, auf eine weitere Mitarbeit zu verzichten: „Wegen diese Artikels habe ich dann abgelehnt. Aber Knief hat mir dann geschrieben, so wichtig sei doch diese Sache nicht. Worauf ich ihm antwortete: ‚Für Dich ist es nicht wichtig als Schulmeister, Du weißt nicht um die Bedeutung dieser Gewerkschaften auch im Krieg und nach dem Kriege‘. Und ich habe keine Zeile mehr für die ‚Arbeiterpolitik‘ geschrieben“ (S. 3).

---

<sup>74</sup> Mitschrift eines Referats von Brandler in seiner Wohnung, unveröffentlichtes Manuskript, Archiv Jörg Wollenberg, Nachlass Heinz Kundel, S. 1-17.

## **Anhang:**

### **Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD**

#### **1. Zur Kritik der IKPD an den Wahlen zur Nationalversammlung** (Auszüge, zitiert nach Weber (Hg.), Die Gründung der KPD, 1993, S. 100- 104).

„...Nicht so eilig, habt Geduld, zu Ende zu hören. Im Parlament mit Schlagworten will man arbeiten. Nicht das ist das entscheidende. Welcher Weg ist der sicherste, um die Massen in Deutschland zu erziehen zu den Aufgaben, die sie haben? Ihr geht aus in Eurer Taktik von der Konstellation, daß man in 14 Tagen, wenn die Leute aus Berlin herausgehen, in Berlin eine neue Regierung machen kann. Ich würde mich freuen, wenn das der Fall wäre. Aber als ernster Politiker kann ich meine Taktik nicht auf eine Spekulation aufbauen. Es sind allerdings alle Möglichkeiten nicht ausgeschlossen. Ich werde Ihnen zu entwickeln haben, daß überhaupt durch die neue Wendung in der Regierung die nächste Phase eine sehr starke Auseinandersetzung mit sich bringen wird. Aber ich bin verpflichtet, die Wege zu gehen, die sich aus meiner Auffassung über die Zustände in Deutschland ergeben. Die Aufgaben sind gewaltig, sie münden in die sozialistische Weltrevolution. Aber was wir bisher in Deutschland sehen, das ist noch die Unreife der Massen. Unsere nächste Aufgabe ist, die Massen zu schulen, diese Aufgaben zu erfüllen. Das wollen wir durch den Parlamentarismus erreichen. Das Wort soll entscheiden. Ich sage Ihnen, gerade dank der Unreife der Massen, die bis jetzt nicht verstanden haben, das Räteystem zum Siege zu bringen, ist es der Gegenrevolution gelungen, die Nationalversammlung als ein Bollwerk gegen uns aufzurichten. Nun führt unser Weg durch dieses Bollwerk hindurch. Ich habe die Pflicht, alle Vernunft dagegen zu richten, gegen dieses Bollwerk anzukämpfen, hineinzuziehen in die Nationalversammlung, dort mit der Faust auf den Tisch zu schlagen, des Volkes Wille ist das höchste Gesetz. Hier haben wir zu entscheiden. Wenn die Masse so reif ist, so wird sieh ja das kleine Häuflein, die Minderheit, zur herrschenden Macht gestalten, so werden sie uns die Macht geben, von innen heraus diejenigen aus dem Tempel zu weisen, die nichts darin zu suchen haben, unsere Gegner, die Bourgeoisie, die Kleinbürger usw. Dazu kommen sie nicht.

Sie müssen konsequent sein. Auf der einen Seite spekulieren Sie auf eine solche Reife der Verhältnisse, auf eine solche revolutionäre Macht und Bewußtsein der Massen, daß Sie in 14 Tagen versprechen, an Stelle der Nationalversammlung eine sozialistische Regierung zu setzen, auf der anderen Seite sagen Sie, kommt die Nationalversammlung zustande, so wird der Druck der Straße sie hinwegfegen. Bilden Sie sich doch nicht ein, daß, wenn wir ihnen vorschlagen, ihren Stimmzettel nicht in die Urne zu werfen, daß dann die Wahlen anders aussehen werden. Die Wahlen stellen ein neues Instrument des revolutionären Kampfes dar. Sie sind befangen in der alten Schablone. Für Sie existiert nur das Parlament des Deutschen Reichstags. Sie können sich nicht vorstellen, dieses Mittel zu gebrauchen im revolutionären Sinne. Sie verstehen: entweder Maschinengewehre oder Parlamentarismus. Wir wollen etwas verfeinerten Radikalismus. Nicht bloß dieses grobkörnige Entweder-Oder. Es ist bequemer, einfacher, aber das ist eine Vereinfachung, die nicht der Schulung und Erziehung der Massen dient.

Aus rein praktischen Gesichtspunkten heraus, könnt Ihr wirklich mit ruhigem Gewissen sagen, wenn Ihr den Boykott beschließt, Ihr seid der beste Kern der deutschen Arbeiterschaft, und als Vertreter der revolutionärsten Schicht habt Ihr die Möglichkeit, mit ruhigem Gewissen zu versichern, die gewaltigen Massen der Arbeiterschaft werden wirklich Eurer Boykottparole folgen und sich nicht beteiligen? Ich spreche von den gewaltigen Massen, nicht von den Gruppen, die zu uns gehören. Es kommen Millionen in Betracht, Männer, Frauen, junge Leute, Soldaten. Ich frage klar, ob Sie mit gutem Gewissen sagen können, daß diese Massen, wenn wir hier beschließen, die Nationalversammlung zu boykottieren, den Wahlen den Rücken kehren werden oder noch besser, ihre Fäuste gegen die Nationalversammlung richten



werden? Das könnt Ihr nicht mit gutem Gewissen behaupten. Wir kennen die Zustände, die in den Massen herrschen, wie sehr sie noch unreif sind. Die Tatsache besteht, daß Sie uns gerade, die wir in diese Hirne revolutionären Geist hineintragen wollen, ausschalten von der Möglichkeit, der Gegenrevolution die Herrschaft zu entreißen. Während wir für die Aktivität im revolutionären Sinne sind, macht Ihr es Euch bequem, wendet den gegenrevolutionären Machenschaften den Rücken, überlaßt die Massen den gegenrevolutionären Einwirkungen. Sie fühlen selbst, daß Sie das nicht können.

In welcher Weise wollen Sie die Wahlen beeinflussen, wenn Sie von vornherein erklären, wir halten die Wahlen für null und nichtig? Wir müssen den Massen zeigen, daß es keine bessere Antwort gibt auf den gegenrevolutionären Beschluß gegen das Rätesystem, als eine gewaltige Kundgebung der Wähler zustande zu bringen, indem sie gerade Leute wählen, die gegen die Nationalversammlung und für das Rätesystem sind. Das ist die aktive Methode, um die gegen uns gerichtete Waffe gegen die Brust des Gegners zu richten. Sie müssen begreifen, daß derjenige, der den Verdacht des Opportunismus gegen uns ausspricht, sich im Drängen der Zeit und Arbeit nicht Zeit genommen hat, ruhig und gründlich zu prüfen sowohl seine wie unsere Auffassung.

Es kann sich nur darum handeln, welche Methode die zweckmäßigere ist zu dem gemeinsamen Zweck der Aufklärung der Massen. Von Opportunismus ist in diesem Saale keine Rede, merken Sie sich das, Genosse Rühle! Es liegt ein tiefer Widerspruch in Ihrer eigenen Argumentierung, wenn Sie sagen, ich fürchte die nachteiligen Folgen des Parlamentarismus auf die Massen. Auf der einen Seite sind Sie der revolutionären Reife der Massen so sicher, daß Sie darauf bauen, in 14 Tagen bereits eine sozialistische Regierung hier aufzurichten, also bereits den endgültigen Sieg des Sozialismus. Auf der anderen Seite befürchten Sie für dieselben so reifen Massen die gefährlichen Folgen des Wählens. Ich muß Ihnen offen sagen, ich fürchte mich überhaupt vor gar nichts. Ich bin überzeugt, daß die Masse von vornherein durch die gesamte Lage dazu geschaffen und geboren ist, daß sie richtig verstehen wird unsere Taktik. Wir müssen die Massen im Sinne unserer Taktik erziehen, daß sie verstehen, das Instrument des Wählens zu gebrauchen nicht als eine Waffe der Gegenrevolution, sondern als klassenbewußte, revolutionäre Massen zur Niederschmetterung mit derselben Waffe derjenigen, die sie uns in die Hand gedrückt haben. Ich schließe mit der Formulierung: Es ist zwischen uns im Zweck und in der Absicht gar kein Unterschied, wir stehen alle auf demselben Boden, daß wir die Nationalversammlung als ein gegenrevolutionäres Bollwerk bekämpfen, daß wir die Massen aufrufen und erziehen wollen, um die Nationalversammlung zunichte zu machen. Es ist die Frage der Zweckmäßigkeit und der besseren Methode. Die Eure ist die einfachere, die bequemere, die unsere ist etwas komplizierter, und gerade deshalb schätze ich sie, um die geistige Revolutionierung der Massen zu vertiefen. Außerdem, Eure Taktik ist eine Spekulation auf die sich überstürzenden Verhältnisse der nächsten Wochen, unsere behält im Auge den noch weiten Weg der Erziehung der Massen. Unsere Taktik berechnet die nächsten Aufgaben im Zusammenhang mit den Aufgaben der ganzen uns bevorstehenden Revolution, bis die deutschen proletarischen Massen so reif sind, um die Zügel zu ergreifen. Sie kämpfen gegen Windmühlen, wenn Sie mir solche Argumente unterstellen. Wir werden dann doch zur Straße greifen müssen, unsere Taktik fußt darauf, daß wir auf der Straße die Hauptaktion entwickeln. Dies beweist also, daß Sie entweder Maschinengewehre anwenden wollen oder in den Deutschen Reichstag einziehen. Umgekehrt! Die Straße soll überall zur Herrschaft und zum Triumph kommen. Wir wollen innerhalb der Nationalversammlung ein siegreiches Zeichen aufpflanzen, gestützt auf die Aktion von außen. Wir wollen dieses Bollwerk von innen heraus sprengen. Wir wollen die Tribüne der Nationalversammlung und auch diejenige der Wählerversammlungen. Ob Sie so oder anders beschließen, Sie stehen auf dem gemeinsamen Boden mit uns, auf dem Boden des revolutionären Kampfes gegen die Nationalversammlung. (Schwacher Beifall)“

## **2. Rede gegen eine wirtschaftlich-politische Einheitsorganisation der Arbeiterbewegung** (zitiert nach Weber (Hg.) Gründung der KPD, 1993, S. 162-164)

„Ich bedauere nicht nur [nicht], daß in der heutigen Debatte eine sogenannte Gewerkschaftsdebatte sich entwickelt, sondern ich begrüße es. Es verstand sich von selbst, daß in dem Moment, wo wir an die Aufgabe herantreten, die wirtschaftlichen Aufgaben zu behandeln, wir sofort stolpern über den großen Wall, der in den Gewerkschaften vor uns aufgerichtet ist. Die Frage des Kampfes für die Befreiung ist identisch mit der Frage der Bekämpfung der Gewerkschaften. Wir haben dazu in Deutschland zehnmal mehr Grund als in anderen Ländern. Denn Deutschland ist das einzige Land, in dem während der vier Jahre des Weltkrieges keine Lohnbewegungen stattgefunden haben, und zwar durch Parole der Gewerkschaften. Wenn die Gewerkschaften nichts anderes getan hätten, so wären sie zehnmal wert, daß sie zugrunde gehen. Die offiziellen Gewerkschaften haben sich im Verlaufe des Krieges und in der Revolution bis zum heutigen Tage als eine Organisation des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Klassenherrschaft gezeigt. Deshalb ist es selbstverständlich, daß der Kampf um die Sozialisierung in Deutschland sich in erster Linie befassen muß mit der Liquidierung dieser Hindernisse, die die Gewerkschaften der Sozialisierung entgegenstellen. In welcher Weise ist diese Liquidierung durchzusetzen? Welches positive Gebilde ist an die Stelle der Gewerkschaften zu setzen?

Ich muß mich entschieden gegen die Anregung der Genossen aussprechen, die hier in einem Bremer Antrag die sogenannte Einheitsorganisation vorschlagen. Sie haben eins nicht bemerkt. Wir sind daran, die Arbeiter- und Soldatenräte zu Trägern sämtlicher politischen und wirtschaftlichen Bedürfnisse und Machtmittel der Arbeiterklasse auszugestalten. Dieser Gesichtspunkt in erster Linie hat maßgebend zu sein für die Organe für den wirtschaftlichen Kampf.

In den Leitsätzen ist ein leitender Gedanke (aus)geführt: Die Arbeiterräte sind berufen, die wirtschaftlichen Kämpfe zu leiten und zu beaufsichtigen, und zwar von ihren Betrieben aus. Betriebsräte, gewählt durch Betriebsobleute, im Zusammenhang mit Arbeiterräten, die gleichfalls aus den Betrieben herauskommen, in die Spitze der Reichswirtschaftsräte zusammenlaufend. Sie werden sehen, daß die Leitsätze auf nichts anderes herauskommen als auf eine vollständige Aushöhlung aller Funktionen der Gewerkschaften. (Beifall.) Wir expropriieren die Gewerkschaften aus den Funktionen, die sie von den Arbeitern anvertraut bekamen und veruntreut haben. Wir ersetzen die Gewerkschaften durch ein neues System auf ganz neuer Grundlage. Die Genossen, die die Einheitsorganisation propagieren, scheinen befangen in den Gedanken ...

Das waren Mittel und Wege, die man ergreifen konnte vor der Revolution. Heute müssen wir uns auf das System der Arbeiterräte konzentrieren, müssen die Organisationen nicht durch Kombination der alten Formen, Gewerkschaft und Partei, zusammengeschlossen, sondern auf ganz neue Basis gestellt werden. Betriebsräte, Arbeiterräte, und weiter aufsteigend, ein ganz neuer Aufbau, der nichts mit den alten, übernommenen Traditionen gemein hat.

Es geht nicht an, zwischen Tür und Angel einen solchen Antrag von Bremen und Berlin anzunehmen. Auch die Parole des Austritts aus den Gewerkschaften hat einen kleinen Haken für mich. Wo bleiben die kolossalen Mittel in den Händen jener Herren? Das ist nur eine kleine praktische Frage. Ich möchte nicht, daß man alle Gesichtspunkte vergißt bei der Liquidierung der Gewerkschaften, und ich möchte nicht eine Trennung, bei der vielleicht noch ein Teil der Machtmittel in jenen Händen bleibt.

Ich schließe mit dem Antrag: Ich möchte Sie bitten, die hier eingebrachten Anträge zu überweisen derselben Wirtschaftskommission, die hier diese Leitsätze ausgearbeitet hat. Sie ist gewählt von den Arbeiter- und Soldatenräten, die auf dem Boden des Spartakusbundes stehen, und sie arbeitet unter Hinzuziehung von Mitgliedern der Spartakuszentrale. Sie fühlt sich nicht befugt, endgültige Beschlüsse zu fassen, sondern hat die Leitsätze ausgearbeitet, um

sie den Genossen im Lande vorzulegen. Die Mitgliedschaften sollen sich damit befassen, damit alles auf die breiteste demokratische Grundlage gestellt wird, damit jeder einzelne teilnimmt. Dann werden wir sicher sein, daß das, was geschaffen ist, eine reife Frucht des Kampfes ist. Ich bitte Sie, die Anregungen nur als Anregungen zu betrachten, sie der wirtschaftlichen Kommission zu überweisen und die Richtlinien den Mitgliedschaften vorzulegen“

### **Aus Rosa Luxemburg, „Die Russische Revolution“ (Auszüge)**

(aus: Gesammelte Werke, Band 4, Auszüge von S. 332-365)

„Die russische Revolution ist das gewaltigste Faktum des Weltkrieges...Alles, was in Rußland vorgeht, ist begreiflich und eine unvermeidliche Kette von Ursachen und Wirkungen, deren Ausgangspunkte und Schlußsteine: das Versagen des deutschen Proletariats und die Okkupation Rußlands durch den deutschen Imperialismus. Es hieße, von Lenin und Genossen übermenschliches verlangen, wollte man ihnen auch noch zumuten, unter solchen Umständen die schönste Demokratie, die vorbildlichste Diktatur des Proletariats und eine blühende sozialistische Wirtschaft hervorzuzaubern. Sie haben durch ihre entschlossene revolutionäre Haltung, ihre vorbildliche Tatkraft und ihre unverbrüchliche Treue dem internationalen Sozialismus wahrhaftig geleistet, was unter so verteuert schwierigen Verhältnissen zu leisten war. Das Gefährliche beginnt dort, wo sie aus der Not die Tugend machen, ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen wollen. Wie sie sich damit selbst völlig unnötig im Lichte stehen und ihr wirkliches, unbestreitbares historisches Verdienst unter den Scheffel notgedrungener Fehlritte stellen, so erweisen sie dem internationalen Sozialismus, dem zuliebe und um dessentwillen sie gestritten und gelitten, einen schlechten Dienst, wenn sie in seine Speicher als neue Erkenntnisse all die von Not und Zwang in Rußland eingegebenen Schiefheiten eintragen wollen, die letzten Endes nur Ausstrahlungen des Bankrotts des internationalen Sozialismus in diesem Weltkriege waren...

Worauf es ankommt, ist, in der Politik der Bolschewiki das Wesentliche vom Unwesentlichen, den Kern von dem Zufälligen zu unterscheiden. In dieser letzten Periode, in der wir vor entscheidenden Endkämpfen in der ganzen Welt stehen, war und ist das wichtigste Problem des Sozialismus geradezu die brennende Zeitfrage: nicht diese oder jene Detailfrage der Taktik, sondern: die Aktionsfähigkeit des Proletariats, die Tatkraft der Massen, der Wille zur Macht des Sozialismus überhaupt. In dieser Beziehung waren Lenin und Trotzki mit ihren Freunden die ersten, die dem Weltproletariat mit dem Beispiel vorangegangen sind, sie sind bis jetzt immer noch die einzigen, die mit Hutten ausrufen können: Ich hab's gewagt!

Dies ist das Wesentliche und Bleibende der Bolschewiki-Politik. In diesem Sinne bleibt ihnen das unsterbliche geschichtliche Verdienst, mit der Eroberung der politischen Gewalt und der praktischen Problemstellung der Verwirklichung des Sozialismus dem internationalen Proletariat vorangegangen zu sein und die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in der ganzen Welt mächtig vorangetrieben zu haben. In Rußland konnte das Problem nur gestellt werden. Es konnte nicht in Rußland gelöst werden. Und in DIESEM Sinne gehört die Zukunft überall dem "Bolschewismus"...

*Rosa Luxemburg, Gesammelte werke, Bd. 4, S. 359 ff; dazu Extraausgabe des unvollendeten Manskripts, hrsg. von Annelie Laschitza, 1990, S.157:*

„Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren. Unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboden, um

den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur einer handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft“.

Laschitza 1990, S.153: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit‘, sondern weil all das belebende, heilsame und reinigende der politischen Freiheit an diesem Wege hängt und seine Wirkung versagt, wenn die Freiheit zum Privilegium wird“.

*Und ab Bd.4, S.363* (Laschitza 1990, S. 159f.) zu Trotzki und den Götzendiener der formalen Demokratie: „Gewiß, wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen. Wir sind auch nie Götzendiener des Sozialismus oder des Marxismus gewesen. Folgt etwa daraus, dass wir auch den Sozialismus, den Marxismus...,wenn er uns unbequem wird, in die Rumpelkammer werfen dürfen?...Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschäft für das brave Volk, das inzwischen treu die handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus“

#### **Anhang: Brief an Alfred Henke, 15. November 1912**

Ihr Brief vom 8. d. [M.] in dem Sie mich auffordern, in der »Bremer Bürger-Zeitung« gegen Kautsky zu polemisieren, hat mich nicht wenig verwundert. Sie spielen darauf an, daß ich Ihnen vor einem Jahr, als Sie frugen, ob ich Ihnen noch böß wäre, geantwortet habe. Sie seien ein großes Kind. Damals handelte es sich um einen taktisch verfehlten und taktlosen Artikel, den Sie angeblich zu meiner »Verteidigung« veröffentlicht hatten, also um einen persönlichen Tott. den Sie mir angetan hatten. Für persönliche Kränkungen habe ich sehr geringe Empfindlichkeit und sehr kurzes Gedächtnis. Jetzt handelt es sich um etwas ganz anderes. Ihr Blatt hat seit Monaten nicht mich persönlich, sondern die polnische Sozialdemokratie in unerhörter Weise beschimpft — eine Partei, zu der ich gehöre. für die ich arbeite und an deren Gründung und Leitung ich nach Maßgabe der Kräfte teilgenommen habe. Sie haben diese Partei und ihre Instanzen beschimpft — ohne die geringste Kenntnis der Verhältnisse. bloß eines Individuums wegen und bloß unter den Einflüsterungen dieses Individuums. Sie haben, der Sie als ein Pfeiler des »Radikalismus« in Deutschland gelten wollen, leitende polnische Genossen in Ihrem Blatte beschimpft, die ihren Radikalismus noch anders als Sie, nämlich zwischen Gefängnis, Zuchthaus und ständigem Hungern, seit Jahrzehnten betätigen, vor denen also ein Mann wie Sie gut tun würde, respektvoll den Hut zu ziehen. Sie haben Ihr Blatt in der persönlichen Sache eines Individuums im voraus, ohne jede objektive Prüfung der Sache und Untersuchung der Verhältnisse, so festgelegt, wie ein Redakteur, der sein Blatt ernst nimmt, es niemals tun würde. Sie haben in derselben persönlichen Sache auch die Bremer Mitgliedschaft in einer Weise öffentlich engagiert, wie es ein ernster Politiker mit seiner Parteiorganisation niemals tun dürfte. Sie haben das Ansehen des Bremer Blattes und der Bremer Organisation aufs schwerste geschädigt, und das alles, um ein Individuum zu retten, das für Sie offenbar zum Inbegriff des Radikalismus geworden ist. Ich nenne das keine ernste radikale Politik, sondern Cliquenwirtschaft, die dem Radikalismus wesensfremd ist. Endlich haben Sie durch die provokatorische Wiederaufnahme desselben Individuums in den Redaktionsstab der »Bremer Bürger-Zeitung« ohne jede Untersuchung seiner Angelegenheit gezeigt, daß Sie sich selbst, Ihr Blatt und die Bremer Organisation nicht ernst nehmen und daß Sie Ihre

»Untersuchungskommission« selbst für eine Farce halten. Und noch eines! Sie führen als Radikaler das Wort »Masse« und die »Selbstbestimmung der Masse« oft im Munde. Dabei setzen Sie Ihre Radek- Wirtschaft im Blatte autokratisch durch, obwohl Sie sehr wohl wissen, daß die Masse der Genossen in Bremen diese Wirtschaft peinlich empfindet. Solange solche Zustände in der »Bremer Bürger-Zeitung« herrschen, kann von meiner Mitarbeiterschaft an diesem Blatte keine Rede sein

Original bei Schmidt-Kister  
Judeide 15. XI. 12

Werken Genosse! Heute!  
Ihr Brief v. 8.1., in dem Sie mich auffordern, in der Bremer Bürgerzeitung Kanak zu polemisieren, hat mich nicht wenig verwundert. Sie spielen darauf an, dass ich Ihnen bis einem Jahre, als Sie fragen, ob ich Ihnen noch böse wäre, prompt would habe, da Sie ein großes Kind. Daraus, da es sich um einen so blöden verfahren und so...

und ständigen Hungern seit Jahrzehnten bestätigen, vor denen also ein Mensch wie Sie gut sein würde, respektvoll den Hut zu ziehen.

Sie haben Ihr Blatt in der persönlichen Sache eines Individuums im Voraus, ohne jede objektive Prüfung der Sache und Untersuchung der Verhältnisse, so festgelegt, wie es im Radikalismus, der sich nicht erst nimmt, es niemals kann würde, sie haben in derselben persönlichen Sache aus der Bremer Bürgerzeitung in einer Weise öffentlich ausgegibt, wie es ein erster Schritt, mit seiner Partisanen, davon niemals sein dürfte. Sie haben das Recht der...

Bremer

Sondern die polnische Sozialdemokratie bis unerhörter Weise beschimpft - eine Partei, zu der ich gehöre, für die ich arbeite und in deren Gründung und Leitung ich noch Ausgabe des Kräfte hergenommen habe. Sie haben diese Partei und ihre Instanzen beschimpft - ohne die geringste Kenntnis des Verhältnisses. Das ist ein Individuum wie Sie und bloß, unter dem Ein...

Alles und der Kommissar begann, davon auf schwerste gestrichelt und das Alles, um ein Individuum zu retten, das für Sie offenbar zum Feind des Radikalismus geworden ist. Ich meine das keine erste, malte die Politik, sondern Eligenwelt schaft, die dem Radikalismus widerspricht ist. Auch haben Sie durch die provokatorische Widerumformung des selben Individuums in den Adressat der Bremer Bürgerzeitung ohne jede Untersuchung seiner Angelegenheiten, gezeigt, dass Sie auch selbst, Ihr Blatt und die Bremer Organisation nicht erst nach Forschung, sondern "selbst für eine Farce halten. Sie haben also, indem Sie das Wort "Masse" und die Selbstbestimmung der Masse öffentlich nimmt, dabei schon die Bremer Bürgerzeitung im Blatte aus...

## Auf folgende Archivalien und Literatur wurde u.a. zurückgegriffen:

Arbeiterpolitik. Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus. Neudruck, hrsg. von Gerhard Engel, Leipzig 1975. Knief unterschrieb häufig seine Artikel unter den Pseudonymen Peter Unruh oder Alfred Nussbaum. Dazu: Gerhard Engels Einleitung zu dem unveränderten Neudruck der „Arbeiterpolitik“ vom 24.6. 1916 bis 8.3.1919, 2. Bde, Leipzig 1975, S. III-XVII. Beachte dazu auch: Bremer Bürgerzeitung (BBZ), Bremen 1910-1919; Der Kommunist. Organ der Internationalen Kommunisten Deutschlands, Bremen 1918/19; Spartakusbriefe, 1914- 1918, hrsg. vom IML, Berlin 1958; Mitschrift eines unveröffentlichten Referats von Heinrich Brandler in seiner Hamburger Wohnung, 1966/67 (Archiv Jörg Wollenberg, Nachlass Heinz Kundel, S. 1-17); Wilhelm Eildermann, Jugend im ersten Weltkrieg, Berlin 1972. Paul Frölich, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat; Frankfurt 1967 (4. Aufl.); Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Extraausgabe des unvollendeten

Manuskriptes „Zur russischen Revolution“, Berlin 1990; Die Gründung der KPD, hrsg. von Hermann Weber, Berlin 1993.

Gerhard Engel, Die politisch-ideologische Entwicklung Johann Kniefs (1880-1919), Berlin 1967.

Derselbe: Johann Knief – ein unvollendetes Leben, Berlin 2011; G. Mergner, Johannes Knief und seine Region, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Berlin 1980, Nr.1, S. 85-117; Nr.2/3, 1980, S. 45-90; S.I. Spiwak, Zur Geschichte der Bremer Gruppe der „Internationalen Kommunisten Deutschland“, in Woprossy Istorii, Nr. 9, 1956, nachgedruckt in Die Presse der Sowjetunion, Nr. 144, 1956, S. 3257- 3259; Die Bremer Linksradikalen. Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920. hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen 1969, (2.Aufl.1979); Aufstieg und Niedergang der Bremer Bürger-Zeitung. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Presse, hrsg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, Bremen 1978; Jörg Wollenberg, „Es muss Platz sein für den Lautréamont und Rimbaud des Kommunismus“ (Peter Weiss). Zur Bremer Linken und den anarchosyndikalistischen Tendenzen in der Arbeiterbewegung, in: Arbeiterbewegung und Sozialpolitik, Bremen 2006, Heft 18, S. 38-57; derselbe, „Studiere den Sozialismus nach Hermann Dunckers Vorschlägen“. Zum historischen Stellenwert der Pöhländ- Briefe, in: Doris Kachulle (Hg.), Die Pöhländs im Krieg, Köln 2006, S. 276-314; Frank Neumann, Sozialdemokratische Bildungspolitik im wilhelminischen Deutschland. Heinrich Schulz und die Entstehung der „Mannheimer Leitsätze“, Bremen 1982; Hansgeorg Conert, Reformismus und Radikalismus in der bremischen Sozialdemokratie vor 1914. Die Herausbildung der ‚Bremer Linken‘ zwischen 1904 und 1914, Bremen 1985; Peter Kuckuk, Bremen in der Deutschen Revolution 1918/1919. Revolution. Räterepublik. Restauration, Bremen 1986; derselbe, Syndikalismus und Kommunistische Arbeiterpartei in Bremen in der Anfangsphase der Weimarer Republik, in: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit, Fernwald 1996, Nr. 14, S.15-66; derselbe (Hg.), Die Revolution 1918/1919 in Bremen Aufsätze und Dokumente, Bremen 2010; Jens Becker, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001; August Thalheimer, Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst. Ein Versuch, München 2008; Annelies Laschitza, Im Lebensrausch, trotz alledem. Rosa Luxemburg, Berlin 1996 (3.Auflage); Ottokar Luban, Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept, Leipzig 2008.